

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Hg., Verkündigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Hg., Reklamen 1000 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291.

Donstag, den 13. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

## Kurzfristige Kredite statt Moratorium.

Berlin, 13. Dezember.

Der „Lokalanzeiger“ berichtet: Gestern nachmittag trat das Reichskabinett zu der angekündigten Sitzung zusammen. Im Anschluß daran fand eine Chefbesprechung statt, an der die zuständigen Ressorts teilzunehmen pflegen. In dieser Sitzung erstattete Dr. Rathenau Bericht über das Ergebnis seiner Londonreise. Heute vormittag soll diese Chefbesprechung über das Reparationsproblem fortgesetzt werden. Der Termin des Zusammentritts der Kreditkommission steht noch nicht fest. Man rechnet damit, daß sie zu Mittwoch einberufen werden soll. Im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates spricht der Reichskanzler heute vormittag. Dr. Stresemann hat den Reichskanzler telegraphisch um Auskunft gebeten, wann er in der Lage sei, Mitteilung über die Entwicklung der Kreditaktion und über das Ergebnis der Londoner Reise zu machen. Der Reichskanzler hat Herrn Stresemann mitgeteilt, daß er dem Auswärtigen Ausschuß in den nächsten Tagen nichts Näheres mitteilen könne. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß englische Kreise nicht abgeneigt seien, uns für die beiden nächsten Raten einen Kredit zur Verfügung zu stellen, der aber nur kurzfristig sein wird.

Man zur Lösung des weltwirtschaftlichen Problems unterbreitet werden soll und daß man glaubt, daß Lloyd George mit Briand zusammen in der nächsten Zeit nach Washington reisen werde. Der „Intransigent“ meint, diese Nachricht sei ein Verwechslungsbildung seitens Englands. An dieser Stelle ist nichts von einer derartigen Absicht bekannt. —

### Der Schlußtermin der Washingtoner Konferenz.

London, 13. Dezember.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Konferenz voraussichtlich am 23. Dezember beendet sein wird.

### Die Antwort der Bank von England eingetroffen.

Berlin, 13. Dezember.

Bank „Berliner Tageblatt“ ist die Antwort der Bank von England auf die Anfrage der Reichsregierung, ob sie gewillt sei, Deutschland einen Kredit einzuräumen, nunmehr eingetroffen. Nach der Art dieser Antwort wurde gestern Abend noch strengstes Stillschweigen bewahrt. Voraussichtlich wird der Reichskanzler, wenn er heute über die Kreditaktion spricht, auch auf die Antwort der Bank von England eingehen.

### Keine Dreimännerkonferenz in Washington.

Paris, 13. Dezember.

Der „Daily Express“ hatte gestern früh die Mitteilung gemacht, daß seitens Lloyd Georges dem Präsidenten Harding ein

an dem Gerücht Wahres sei. Dieser Kompagnieführer erklärte ihnen, er könne nur Leute brauchen, die Gehorsam zeigten. Sie sollten im Lager bleiben und das Weitere abwarten. Ein anderer Offizier aber versicherte ihnen, daß sie, die sich auf ihren Eid beriefen, gar nicht richtig geschworen hätten, denn erstens hätten sie nicht die rechte Hand erhoben, zweitens hätten sie nicht Gott zum Zeugen angerufen. Sie aber blieben dabei, daß sie verfassungsmäßig auf die Regierung vereidigt seien und nichts gegen sie unternehmen würden. Nur dem Umstand, daß die verfassungstreuen Arbeiter und Angestellten durch den Generalfreikampf dem ganzen Putsch ein Ende machten, haben die wackeren Drei es zu verdanken, daß sie nicht nachträglich noch standrechtlich erschossen wurden. Mit Recht wies der Oberstaatsanwalt auf den feststehenden Umstand hin, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Vorstoß gegen die Regierung als offenes Geheimnis bekannt war, daß aber die vernommenen Offiziere alle nichts davon gewußt haben wollen. Einer der Verteidiger wagte es sogar, das offene Geheimnis mit den Latrinenparolen aus dem Felde zu vergleichen. Aber er stand seinen Mann. Ein Unteroffizier als Zeuge versicherte, daß er die Nachricht sogar von einem Offizier selbst habe, der für die nächsten Tage etwas Großes ankündigte.

Zwischen Bang und den Maaten, zwischen den offenen Hochverrättern und verfassungstreuen Unteroffizieren wechselten sich an Zeugenstand Generale und Offiziere mit Verwaltungsbeamten ab. Der damalige Justizminister a. D. Schiffer gab eine historische Darstellung der Ereignisse und räumte vor allem mit der Mär auf, daß die alte Regierung geflohen sei. Er, Schiffer, war mit Noske, Reinhard und Gilsa der Meinung, daß man den Kampf aufnehmen sollte. Nachdem aber, nach dem Versagen der Generäle das Kabinett beschlossen hatte, keinen Kampf in Berlin führen zu lassen, habe er vorgeschlagen, der Reichspräsident, der Kanzler und ein Teil der Minister solle nach außerhalb gehen, um den Widerstand zu organisieren, ein anderer Teil dagegen, darunter Schiffer als Vizekanzler, sollten in Berlin bleiben, um der Gewalt den rechten Boden zu entziehen. Tatsächlich ist auch von jeder Koalitionspartei ein Minister abgereist, mindestens aber einer in Berlin geblieben. Das preussische Ministerium war vollständig in Berlin. Traugott v. Jagow mußte also wissen, daß er mit Gewalt sich ein Amt anmaßte, als er sich an die Stelle seines setzte. Er, Jagow, war es auch, der in der Reichskanzlei, wie er sagte, „zuhörte“, als Kapp den Vizekanzler Schiffer aufforderte, sein Amt zu verlassen. Als Schiffer nach dem Reich fragte, auf Grund dessen diese Aufforderung gestellt werde, erklärte Jagow mit wegwerfender Handbewegung: Wie könne man in diesem Hause seit dem 9. November noch von Recht reden. Nach Schiffer tritt der damalige Unterstaatssekretär Freiherr v. Falkenhause als Zeuge auf. Er hat schon früher in der Nationalen Vereinigung, die er mitbegründet, und auch von Kapp selbst dessen politische Ansichten kennen gelernt, in seine Pläne sei er nicht eingeweiht worden; weil er das ganze Vorhaben für falsch und gerade in deutschnationalem Interesse für falsch hielt. Trotz dieser ablehnenden Haltung hat Kapp ihn zum Chef der Reichskanzlei gemacht und Falkenhause hat das angenommen. Als Kapp ihm durch Jagow hat sagen lassen, daß er auf ihn rechnen müsse, sei er um 6 Uhr am Brandenburger Tor gewesen und habe Kapp in die Reichskanzlei eingeführt. Auch dieser Ehrenmann ist infolge der Amnestie außer Verfolgung gesetzt.

Von Interesse ist, daß die Zeugen regelmäßig bei der Frage, ob einer der Angeklagten besonders bei den Bewegungen um Pöschken hervorgetreten sei, plötzlich ein sehr schwaches Gedächtnis haben und sich auf nichts zu erinnern vermögen. Es fällt weiter auf, daß der Vorsitzende wohl den demokratischen Justizminister Schiffer und die Unteroffiziere auf die Heiligkeit des Eides hinweist, daß er aber bei den übrigen Zeugen davon Abstand nimmt. Einer der Ehrhardt-Offiziere, der von Ehrhardt am 13. März mit einem besonderen Auftrag ausgesandt wurde, verweigert heute die Aussage, weil er sich durch eine Beantwortung einer Strafverfolgung aussetzen könne. Ein Teil der zu heute geladenen Zeugen konnte nicht mehr vernommen werden und wurde auf morgen wieder bestellt.

### Die Börse.

Berlin, 12. Dezember.

An der heutigen Berliner Börse fand bei ganz geringen Umsätzen ein scharfer Rückgang der Devisenkurse statt. Der Dollar kostete ungefähr mit 190 an dem norddeutschen Verkehr ein und mit 180 an der Börse, ging aber im weiteren Verlauf noch scharf zurück. Die amtlichen Notierungen lauten: Kabel New York 165½, London 690, Holland 6150.

Am Effektenmarkt wurde durch Zwangsverkäufe für schwache Bankfirmen und Privatpekulanten ein erneuter, scharfer Kursrückgang hervorgerufen. Die Banken, die früher das Publikum zu übertriebenen Börsenpekulationen angeregt haben, tun fast nichts, um der jetzigen Periode zu steuern.

### Die kappistische Schwabkade.

Leipzig, 12. Dezbr. (Eig. Drahtber.)

Die Verhandlungen gegen Jagow, Wangerheim und Schiele begannen heute mit der Berechnung eines Mitgliedes des Bundes der Nationalen, des schließlichen Oberfinanzrates Bang, wie er sich selbst bezeichnete. Bang ist ein eifriger Mitarbeiter an der antisemitischen „Deutschen Zeitung“. Er war schon im Januar 1920 von Kapp aufseher worden, in eine neue Regierung einzutreten, z. B. in eine Regierung Noske. Er habe es entrichtet abgelehnt, sich an einen Tisch zu setzen mit jener Geistesrichtung, der wir „unser Unglück verdanken“. Auf eine weitere Frage, ob er bereit sein würde, in eine nationale Regierung einzutreten, habe er seine Zustimmung gegeben, falls „kein Besseres“ da sein würde als er. Immer habe er nach seiner Ueberzeugung gestreue gehandelt. Er glaubte, daß die schändliche Putschgefahr die bestehende Regierung hinwegjagen würde und dann eine nationale Regierung gebildet werden müsse. Mit Schnitzler sei er als Redakteur der „Deutschen Zeitung“ bekannt geworden, als er an den Konferenzen der Rechtsprelle teilnahm, die Schnitzler abhielt.

Am 11. März kam Bang nach seiner Aussage aus Dresden zurück und fand zu seiner Ueberraschung in seinem Bureau Kapp vor, den er schon verhaftet glaubte. Kapp versicherte, daß im Laufe der Nacht die ganze öffentliche Gewalt auf Lüttwitz und Kapp übergehen würde, da

die ganze Reichswehr hinter Lüttwitz stände.

Daran habe er, Bang, geglaubt und sich auf die Frage Kapps bereit erklärt, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. Am 13. März war er morgens um 6 Uhr am Brandenburger Tor, wo er nach Kapps Mitteilung die übrigen Herren treffen sollte, die für die Regierungsbildung in Betracht kämen (Ludendorff war auch da).

In der Reichskanzlei habe er allerdings Zustände angetroffen, die die schwerste Bedeutung für ihn als Politiker boten. Das war keine Regierung, sondern eine Schwabkade. Er habe sogar gesagt: „Am Gotteswillen, das ist ja die reine Judenschule“. Er, Bang, erklärt mit erfreulicher Offenheit, daß nach seiner Meinung die erste Handlung am 13. März

die Beseitigung der Verfassung von Weimar

hätte sein müssen. Da Kapp deren Beseitigung nicht wollte, habe Bang seinen Rücktritt von dem Unternehmen angekündigt. Daraus sei er am 14. März abends durch einen Offizier zwangsweise in die Reichskanzlei geholt worden, wo ihm erst von Pabst und dann von Oberst Bauer, schließlich auch von Kapp selbst in Gegenwart einer großen Zahl von Herren zugeredet wurde, daß wieder in die Regierung einzutreten. Er habe die bestimmte Frage gestellt, ob keine Juden und keine Sozialdemokraten in der Regierung sein würden. Er habe Ablehnung erwartet, aber Kapp habe auf seine Frage zustimmend geantwortet. Daraus habe Schiele Kapp zugerufen: „Wie können Sie das versichern, wo Sie doch ganz genau wissen, daß Sie schon morgen Sozialdemokraten heranziehen müssen, schon wegen der Lage im Ruhrgebiet.“ In dem Brief, in dem Bang seinen Rücktritt erklärt, spricht er von Minister Schiele und davon, daß er nicht wieder ein Ressort übernehmen wolle.

Auf Vorhalten erklärt er, daß diese Ausdrücke nur aus der seelischen Stimmung jener Tage zu erklären seien.

In einem Briefe, der bei der Verhaftung Schieles gefunden wurde, stellt Bang alles dar, was er in der Voruntersuchung gegen sich selbst und dann als Zeuge in der Sache Schiele ausgesagt habe. In dem Brief befindet sich auch die Bezeichnung „Agricola“, womit der Oberst Bauer gemeint sein soll. Es ergibt sich, daß der gefundene Brief eine Abschrift ist, die der Rechtsanwalt Dr. Martin aus Halle, der jetzige Verteidiger Schieles, angefertigt hat. Im Januar ds. Js. war Martin als „persönlicher Vertrauter“ Schieles, nicht als Rechtsanwalt bei Bang und befragte ihn darüber, was er ausgesagt habe. Diese Mitteilung bestätigte Bang brieflich. Von diesem Briefe fertigte Martin eine Abschrift für Schiele an, der sich damals in Ungarn befand. Der Verteidiger Martin gibt, als Zeuge vernommen, an, daß er den Ausdruck „Agricola“ in den Brief hineinformuliert habe, um der Zensur keine Handhabe zu geben. Wie Bang auf Befragen durch seine Verteidiger versichert, hat er am 13. und 14. März eine solche Begeisterung unter der Berliner Bevölkerung gefunden, daß dagegen die Begeisterung vom 4. August 1914 verblasst! So haben die Helden vom Kapp-Putsch die Stimmung des Volkes, das ihnen weniger Tage den ganzen Spieß hinwegjagte! Gegen Bang ist das Verfahren wegen Beteiligung am Kapp-Putsch vom Untersuchungsrichter eingestellt worden. Das Gericht beschließt jedoch heute auf Antrag des Oberreichsanwalts, den Zeugen Bang nicht zu verurteilen, da der Verdacht seiner Teilnahme sich bestätigt habe.

Er wird sodann General von Hülßen vernommen. Er damals Kommandeur von Potsdam war. Hülßen berichtet von einer Unterredung, die er am 11. März abends mit Lüttwitz hatte. Dieser sagte ihm, daß er gewisse Forderungen an die Regierung habe und diese eventuell mit Gewalt durchzusetzen gemüht sei. „Unternehmen sei in allen Einzelheiten vorbereitet und werde die Unterstützung wesentlicher Volksteile finden. Kapp solle Leiter der neuen Regierung auf breiter Grundlage werden. Am Abend des 12. März war Hülßen in Döberitz und hatte den Eindruck, daß die Ehrhardt-Brigade marschbereit sei. Er war zur gleichen Zeit in Döberitz wie der Admiral v. Trotha.

Auf die Frage des Oberreichsanwalts, warum er sich dem Kommando des heurlaubten Lüttwitz unterstellt habe, erklärt Hülßen, daß er die formalen Bedenken zurückgestellt habe, um einen Zusammenstoß der Reichswehrtruppen zu vermeiden. Ein Beurlaubter könne übrigens jeden Augenblick zurückkehren und ohne weiteres das Kommando wieder übernehmen. Während der kritischen Tage hat Hülßen den Potsdamer Bahnhof in Berlin und den Bahnhof in Potsdam besetzt lassen, „um die Bahn in die Hand zu nehmen.“ Da Lüttwitz am 13. März den General v. Dönn als Wehrkreiskommandeur abgesetzt hatte, wurde Hülßen vorübergehend zum Wehrkreiskommandeur ernannt. Er ist dann auch wegen Teilnahme am Hochverrat angeklagt worden, aber unter die Amnestie gefallen.

Beherrschte die offene Verfassungskrise die Vormittags-sitzung, so wandte sich das umgekehrte Interesse gegen Schluß der heutigen Verhandlung den ehrlichen Verteidigern der Republik zu, die in schlichter Uniform der Marineunteroffiziere (Maaten) vor Gericht erschienen. Sie waren in der kritischen Märzwoche zur Brigade Ehrhardt gekommen, und als sie am 12. März gerüchelt wurde von dem Vorstoß gegen die Regierung hörten, sind sie — zwei — zu ihre Kompagnieführer gegangen, um ihn zu fragen, was

# Der Staatsanwalt.

Von der Lübedischen Staatsanwaltschaft geht uns folgendes Schreiben zu:

Staatsanwaltschaft.

Lübeck, den 11. Dezember 1921.

In die Schriftleitung des Lübeder Volksboten hier.

Ich erlaube Sie hiermit um Aufnahme nachstehender Richtigstellung zu ihrem Artikel „Bemerkungen“ in Nr. 289 des Lübeder Volksboten vom gestrigen Tage:

Dort heißt es:

„Höre, wer hören kann: Der Staatsanwalt — und das Gericht mit ihm — vertreten also den Standpunkt, daß „jeder“, der am Zuge teilnahm, wegen Landfriedensbruchs zu bestrafen ist. Der Staatsanwalt hatte aber seinerzeit gegen den Verfasser dieses Artikels ein Verfahren eingeleitet, bei dem dieser keine Teilnahme am Zuge bestrafte. Trotzdem wurde dieses Verfahren eingestellt. Die Ansicht der Staatsanwaltschaft war also damals eine andere als im Prozeß.“

Diesen Punkt griffen wir an. Wenn die Teilnahme am Zuge schon die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs aufweist, weshalb verfolgt man nicht jeden, dessen Teilnahme am Zuge festgestellt ist?

Diese Darlegung trifft nicht den Kern der Sache.

Strasbar war nicht die Teilnahme am Demonstrationstanz, strafbar vielmehr nur die Teilnahme an der Zusammenrottung vor dem Hause der Wiking-Reederei, soweit den Teilnehmern am Zuge die Begehung von Gewalttätigkeiten bewußt war, sie letztere trotzdem geschehen ließen und so durch ihre bloße Anwesenheit der auf Gewalttätigkeit gerichteten Willen der eigentlichen Friedensstörer kräfteten. Wenn gegen den am Zuge beteiligten Schriftleiter Dr. Leber das eingeleitete Verfahren eingestellt ist, so hat dieses darin seinen Grund, daß Dr. Leber nach seinen unabweisbaren Angaben jedes gewalttätige Vorgehen mißbilligte und durch Zureden auf die Angeklagten der Reederei diese zum Nachgeben und Einziehung der Klage zu veranlassen suchte, um Störungen der öffentlichen Ordnung und der privaten Sicherheit zu verhüten. Es ist selbstverständlich, daß in solchem Falle trotz der Anwesenheit in der Volksmenge eine strafbare Teilnahme an der Zusammenrottung nicht vorliegt, und es ergab sich daraus die Einstellung des Verfahrens. Daß nicht noch weitere Anklagen gegen andere Teilnehmer an der Zusammenrottung (nicht am Zuge) wegen Landfriedensbruchs erhoben sind, hat lediglich darin seinen Grund, daß ihre Namen nicht haben festgestellt werden können.

Wenn endlich im Anschluß an den oben wörtlich angeführten Satz im genannten Artikel ausgeführt ist, daß die Staatsanwaltschaft die Pflicht gehabt hätte, aus Opportunitätsgründen kein Verfahren einzuleiten, so sei demgegenüber auf den § 152 der Strafprozessordnung hinzuweisen, der in Anbetracht des soeben genannten Opportunitätsprinzips lautet: „Zur Erhebung der öffentlichen Anklage ist die Staatsanwaltschaft berufen. Dieselbe ist, soweit nicht gesetzlich ein anderes bestimmt ist, verpflichtet, wegen aller gesetzlich strafbaren und verfolgbarer Handlungen einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.“

Der Erste Staatsanwalt.

Wienau Dr.

Wir waren nie im Zweifel darüber, daß der Staatsanwalt sein Vorgehen juristisch erklären kann. Darauf kommt es aber nicht an. Eine besondere Zusammenrottung vor dem Hause der Wiking-Reederei hat nicht stattgefunden, sondern der Demonstrationstanz selbst hatte sich gestaut.

Die Richtigstellung geht wieder um den Hauptpunkt unserer Kritik herum. Der zweite Verurteilte, der die schwarz-weiß-rote Fahne aufgefangen hat, stand mitten im Demonstrationstanz; mit der sekundenlangen Aufregung vor der Tür der Reederei hatte er sicher nichts zu tun. Sein Verbrechen war also lediglich die Teilnahme am Zuge selbst.

Wer zu leien versteht, der fähigt die ganze juristische Unsicherheit des Staatsanwalts aus folgendem Satz der Richtigstellung: „Strafbar war nicht die Teilnahme am Demonstrationstanz, strafbar vielmehr nur die Teilnahme an der Zusammenrottung vor dem Hause der Wiking-Reederei, soweit den Teilnehmern am Zuge die Begehung von Gewalttätigkeiten bewußt war, sie letztere trotzdem geschehen ließen und durch ihre bloße Anwesenheit den auf Gewalttätigkeit gerichteten Willen der eigentlichen Friedensstörer kräfteten.“ — Also genügt doch schon die bloße Anwesenheit im Zuge. Juristisch Spraf, ich weres Spraf!

Im übrigen freut es uns, daß bei dieser Gelegenheit die „Pub. Anz.“ Gelegenheit bekommen, aus „berufenom“ Munde ihre Anempfehlungen gegen Dr. Leber widerlegt zu sehen.

## Die Abstimmung in Oedenburg am 14. Dezember.

Wien, 13. Dezember.

Nach den letzten Meldungen wird tatsächlich die Abstimmung in Oedenburg am 14. Dezember und in der Umgegend von Oedenburg am 18. Dezember stattfinden. Alle Proteste der österreichischen Regierung haben bisher nichts gebracht, so daß die Delegation freundlich geneigten Elemente in Oedenburg sich an der Abstimmung nicht beteiligen, die unter diesen Umständen nur eine Komödie ist. Die ungarische Regierung hat zwei Rabbiner nach Oedenburg geschickt, die in den Synagogen die jüdischen Kaufleute anfordern, für Ungarn zu stimmen.

## Der Frieden zwischen England und Irland.

Ans London wird gemeldet: Die Adressen beider Häuser des Parlaments zur Verantwortung der Thronrede bei der am Mittwoch erfolgenden Parlamentsöffnung werden die Bedingungen enthalten, daß das Parlament dem irischen Abkommen zustimme und bereit sei, ihm Gesetzeskraft zu verleihen. Sofort nach Genehmigung der Adressen wird die Sitzung geschlossen, wodurch man hofft, es dem Parlament zu ermöglichen, sich noch in dieser Woche zu vertragen.

Kardinal Logue, der Primas der römisch-katholischen Kirche in Irland, berief eine Zusammenkunft der irischen Bischöfe ein, um der Ansicht, daß der irisch-englische Friedensvertrag bekräftigt werden müsse, formell Ausdruck zu geben. Wie verstanden, sind alle Bischöfe für die Ratifizierung des Vertrages. Der Präsident der irischen Regierung erwartet man, daß sich in der am Mittwoch einberufenen Sitzung des Sinn-Fin-Parlaments eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Vertrages ergeben wird.

# Das Viermächteabkommen.

Ende des englisch-japanischen Bündnisses.

Washington, 11. Dezember.

In der Vollziehung der Konferenz am Sonnabend verlas Lodge den Text des Viermächte-Abkommens. Lodge fügte hinzu, die Anwendung von Gewalt sei im Vertrag nicht vorgesehen, Sanktionen seien nicht gestattet. Das Abkommen sei ein Versuch, den Frieden im jenseitigen Ozean zu sichern, indem man sich auf die Ehrlichkeit der Völker verlassen könne. Er habe das Vertrauen zu den beteiligten Nationen, daß sie sich alle Mühe geben würden, den Krieg zu vermeiden. Diese Worte wurden mit Beifallstundgebungen aufgenommen, Mitglieder des Ausschusses drückten dem Redner die Hand.

### Der Wortlaut des Vertrages.

Washington, 11. Dezember.

Das Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Die Vereinigten Staaten, das britische Reich, die französische Republik und das japanische Reich haben beschloffen, zwecks Erhaltung des Weltfriedens und zum Schutze ihrer Rechte betreffend ihre insularischen Besitzungen und ihre insularischen Dominions im Stillen Ozean ein Abkommen zu schließen. Zu diesem Zwecke haben sie Vertreter ernannt, die sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

1. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich gegenseitig, ihre Rechte bezüglich ihrer insularischen Besitzungen und Dominions im Stillen Ozean zu achten. Wenn zwischen einiger der hohen vertragschließenden Teile eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die sich aus irgendeiner den Stillen Ozean betreffenden Frage ergibt und ihre oben erwähnten Rechte berührt, und wenn diese Meinungsverschiedenheit nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise geregelt wird und die gegenwärtig zwischen ihnen bestehende erdenschonende Harmonie zu gefährden droht, werden diese Mächte die anderen vertragschließenden Teile zu einer Kon-

ferenz einladen, der die Gesamtheit der Frage zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist.

2. Sollten die oben erwähnten Rechte durch die aggressive Haltung einer anderen Macht bedroht werden, so werden die hohen vertragschließenden Teile sich untereinander in vollständiger und freimütiger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, zehn Jahre lang in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes läuft es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragschließenden Teile das Recht hat, es mit 12monatiger Kündigung zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich entsprechend den konstitutionellen Gebräuchen der hohen vertragschließenden Teile ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

Die englische Presse bearbeitet das Viermächteabkommen mit großer Beugung. Fast allgemein wird die Erwartung ausgesprochen, daß als Folge des günstigen Abchlusses der Washingtoner Konferenz eine allgemeine Konferenz zur Regelung der Währungsfrage und der internationalen Wirtschaftskrise ins Auge gefaßt werde. In der französischen Presse befürchtet man, nach der positiven Regelung der Seeabstufungsfrage könne nunmehr die Landabstufung anlässlich in die Debatte geworfen werden. „Petit Parisien“ verwahrt sich von vornherein gegen diese Möglichkeit.

## Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Berlin, 12. Dezember.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zugegangen. Dieses Gesetz ist die Folge des § 70 des Betriebsratsgesetzes. Dort wird bestimmt, daß ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt werden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrates Sitz und Stimme erhalten, jedoch keine andere Berechtigung als eine Auswandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält nun die Vorschläge für die nähere Ausführung des Paragraphen. Der Entwurf befaßt in vollem Umfang die gleichberechtigte Stellung der von den Betriebsräten in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder, mit den von der Generalversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern.

## Die Rentenzulagen.

Berlin, 12. Dezember.

Auf Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten betr. Auszahlung der Rentenzulagen antwortete die Reichsregierung, daß die Ausführungsbestimmungen zu dem neuerdings beschlossenen Rentengesetz fertig sind und jetzt dem Reichsrat zur Beschlußfassung überwiesen werden. Der Reichsrat werde voraussichtlich am 22. ds. Mts. die Vorlage erledigen. Die Bestimmungen sollen dann sofort veröffentlicht werden. Außerdem ist Vorsorge getroffen, daß die notwendigen Vorstöße zur Auszahlung der Zulagen ohne weiteres geleistet werden. Es ist zu erwarten, daß die Gemeinden die neuen Zulagen sofort nach Neujahr auszahlen. Angelegenheit der Rentenbezieher ist, nach Weihnachten die Gewährung der neuen Zulage bei ihrer Gemeinde zu beantragen; ohne Antrag wird die neue Zulage nicht gewährt. Die Zulagen werden für die Zeit vom 1. Oktober ds. Js. ab nachgezahlt.

## Die Preissteigerungen im Großhandel.

Die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts stieg von 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 3416 oder um 38,9%. Im Durchschnitt des Monats November übersteigt sie das Katastrophenniveau des Februar 1920 in allen Warengruppen weit. Gegenüber dem Vormonat stiegen Getreide und Kartoffeln von 2380 auf 3197, Fleisch, Fisch und Fette von 2325 auf 3154, Kolonialwaren von 3099 auf 4923, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2417 auf 3308; ferner Häute und Leder von 4539 auf 6077, Leguminen von 4176 auf 6518, Metalle von 2965 auf 5123, Kohle und Eisen von 1885 auf 2350, Industriestoffe zusammen von 2539 auf 3618; die vorwiegend im Inland erzeugte Ware (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fette, Rohle und Eisen) von 2235 auf 2967; vorwiegend aus dem Ausland eingeführte Waren von 3585 auf 5626. Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats November gegenüber Oktober in Berlin um 71,1%. Ihm kommen die Einuhrwaren mit einer Preissteigerung um 57,9% nahe, während sich das Preisniveau der Inlandswaren gleichzeitig um 32,8% hob.

## Gegen die Verstrufung Deutschlands.

Berlin, 12. Dezember.

Der Reichstag hat am 7. Juli d. J. eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, Vorschläge zu machen, in welcher Weise das Kartell- und Verbandswesen in Industrie und Handel einer fortlaufenden Beobachtung zu unterziehen ist. Schon vorher hatte der Reichstag eine ähnliche Entschließung gefaßt und die Reichsregierung um Vorschläge gebeten, in welcher Weise Wirtschaft durch private Monopole, insbesondere die diskretionäre Ansetzung unbilliger Preise und Abhängigkeiten auf Arbeiter, Handel und Verbraucher abgemindert werden kann.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich infolge dieser Entschließungen mit den Spitzenverbänden der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels in Verbindung gesetzt. Diese sind nun damit beschäftigt, die Zahl der bestehenden Kartelle festzustellen und über deren organisatorische Formen und Maßnahmen sich zu unterrichten. In einer Denkschrift, die der Minister dem Reichstage unterbreitet, stellt er Material über diese Fragen in einiger Zeit in Aussicht.

Der Reichswirtschaftsminister hat mit einer Anzahl Führern des Kartellwesens und den Vertretern der von Kartell-Maßnahmen in erster Linie betroffenen Kreise unmittelbare Aussprachen herbeigeführt und daraus die Überzeugung geschöpft, daß derartige Besprechungen Möglichkeiten bieten können, die Kartelle von der Verfolgung einseitiger Gewinninteressen abzulösen und sie vielmehr darauf hinzuwirken, ihre Kraft auch zur Förderung allgemeiner Interessen, insbesondere der Hebung der Produktion zu benutzen. Der Reichswirtschaftsminister hat ferner den beteiligten Wirtschaftsgruppen Gelegenheit gegeben, Beschwerden über einzelne Kartelle oder einzelne Kartellmaßnahmen ihm vorzutragen, um einen Ausgleich der heidseitigen Interessen herbeizuführen zu können. Von dieser Möglichkeit ist bereits in einer Reihe von Fällen Gebrauch gemacht worden. Außerdem haben die oben genannten drei Spitzenverbände sich entschlossen, Kartellübergriffen bereits im Wege der Selbstverwaltung zu begegnen. Sie haben eine Kartellvereinigungsstelle errichtet, die die Aufgabe hat, einen Ausgleich der gegenseitigen Interessen herbeizuführen.

Der Reichswirtschaftsminister hält diese Wege zurzeit für die gangbarsten, um Schädigungen der Volkswirtschaft abzuwehren, die aus dem Mißbrauch von Monopolstellungen erwachsen können. Die Zeit für den Aufbau einer besonderen Verwaltungsbehörde und der Erlass neuer Gesetzesvorschriften, die die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit einschränken, sei noch nicht gekommen. Sollte es sich allerdings im weiteren Verlaufe ergeben, daß auf diesem Wege der Schuk gefährdeter Kreise nicht sicher gestellt werden kann, so will der Reichswirtschaftsminister den gesetzgebenden Körperschaften Vorschläge zu einer weiterreichenden Monopolabwehr vorlegen. Um den Wünschen des Reichstages und des Reichsrates Rechnung zu tragen, wird ein Kartell-Berat beim Reichswirtschaftsministerium gebildet und zwar aus Mitgliedern des Reichsrates, des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates.

## Die neuen Postfäße im Reichsrat.

Der Reichsrat beriet in seiner Sitzung am Montag die neue Vorlage des Reichspostministers über die Erhöhung der Postfäße, deren Tarife noch weit über die der ersten Vorlage der vorigen Woche hinausgehen. Nach Angaben des Ministers machen inzwischen eingetretene finanzielle Gründe es nötig, das Defizit von 2 1/2 Milliarden Mark, das nach der ersten Vorlage noch geblieben wäre, zu beseitigen. Deshalb sollen den Preisgebühren gegenüber durchschnittlich die Postgebühren auf das Zwanzigfache, die Fernspreckgebühren auf das Fünffache erhöht werden. Danach kostet nunmehr die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pfg., im Fernverkehr 1,25 Mk., der Brief von 20 Gramm im Ortsverkehr 1,25 Mk., im Fernverkehr 2 Mk., von 20 bis 250 Gramm im Ortsverkehr 2 Mk., Druckfachen von 50 Gramm kosten 50 Pfg., von 50 bis 100 Gramm 1 Mk., von 100 bis 250 Gramm 2 Mk., von 250 bis 500 Gramm 3 Mk., von 500 bis 1000 Gramm 4 Mk. Päckchen betragen eine Gebühr von 5 Mk., Pakete von 5 Kilogramm kosten nunmehr in der Nation 6 Mk., in der Fernzone 9 Mk., von 5 bis 10 Kilogramm 12 bzw. 18 Mk., von 10 bis 15 Kilogramm 20 bzw. 30 Mk., von 15 bis 20 Kilogramm 20 bzw. 40 Mk. Die Postfäßegebühren betragen für eine Zahlkarte bis 100 Mk. 75 Pfg., bis 500 Mk. 1,50 Mk., bis 1000 Mk. 3 Mk. Die Telegrammgebühren für das Wort betragen 1 Mk., die Mindestgebühren für ein Telegramm 10 Mk. Die Fernspreckgebühren sollen um 100 Prozent erhöht werden.

## Ein Eisenbahnfinanzgesetz.

Berlin, 13. Dezember.

Wie die M. erfährt, unterliegt das Eisenbahnfinanzgesetz, das bereits fertiggestellt wurde, augenblicklich Beratungen des Kabinetts. In Einzelfragen bestehen noch Unstimmigkeiten zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsfinanzministerium. Das Gesetz sieht einen Ausgleichsfonds der Reichseisenbahnen vor, der vor allem dazu dienen soll, den Schwankungen der Konjunktur zu begegnen. Das Reichsverkehrsministerium hofft nach einem Zeitraum von etwa fünf Jahren in der Lage zu sein, mit Hilfe dieses Fonds eventuell eine Herabsetzung der Tarife vorzunehmen. Das Finanzministerium dagegen ist der Ansicht, daß nach diesem Zeitraum die Ueberhälle des Ausgleichsfonds vor allem zur Deckung der Reichsstaaten mit herangezogen werden müssen.

## Beamtenauschuß.

Berlin, 10. Dezember.

Anlässlich der Anforderung von 1518 neuen Beamtenstellen für das Reichsfinanzministerium im Nachtragsetat 1921 wurde am Freitag im 23. Ausschuß des Reichstages die Frage der Übernahme überzähliger Beamten in den Dienst der Reichsfinanzverwaltung besprochen. Seitens des Reichsfinanzministeriums wurde darauf hingewiesen, daß j. Zt. 11 000 Beamte auf Wartegeld gesetzt seien, zu denen unter Umständen noch 4000

Beamte aus Oberschlesien treten werden. Der Vertreter des Reichspostministeriums erklärte, daß im Bereich der Reichspostverwaltung sowohl höhere als auch mittlere Beamte überzählig seien. Ebenso erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß auch im Bereich dieser Verwaltung Beamte der Gruppen 7, 8 und 9 zu viel vorhanden seien. Die Bemühungen der Reichspostverwaltung um Abgabe überzähliger Beamter an das Reichsfinanzministerium gingen schon frühzeitig, jedoch ohne Erfolg, obwohl anerkannt worden ist, daß diese Beamte sich auch zu dem Dienst der Reichsfinanzverwaltung eignen würden. Auch in der jetzigen Besprechung blieb die Reichsfinanzverwaltung dabei, daß sie nicht in der Lage sei, diese überzähligen Beamten in ihren Dienst zu übernehmen. Sie habe aber einen Teil der vertriebenen Beamten aus Elbstahlstellen durch Vermittlung des Reichsministeriums des Innern schon eingestellt. Stelle Enttäufung löste es aus, daß die Vertreter des Reichsfinanzministeriums angegeben mußten, daß sie trotz dieser Sachlage dabei sind, Supernumerare einzustellen und auch sich zur Gewinnung von Supernumeraren mit besonderer Schärfe an die höheren Schulen gewandt haben. Der Ausschuß beschloß, dem Hauptausschuß die Annahme folgender Entschlüsse zu empfehlen:

1. Dem Reichsfinanzministerium die Mittel zur Einstellung von Supernumeraren zu verweigern.
2. Neue Stellen im Reichsfinanzministerium nur mit der Bedingung zu bewilligen, daß sie mit Baccalendempfindern und nachfolgender Beamten aus anderen Verwaltungen besetzt werden, und daß dabei die Rechte der Beamten hinsichtlich ihrer Eingruppierung gewahrt werden.

Der Antrag der Reichsparteien, auch die Einstellung von Persönlichkeiten aus dem freien Arbeitsmarkt dem Finanzministerium zu unterlagen, wurde abgelehnt. Das Finanzministerium beabsichtigt nämlich, einen Teil der neuen Buchprüferstellen mit Persönlichkeiten aus dem Kaufmannstande zu besetzen, die gleichzeitig die Aufgabe haben, Beamte als Buchprüfer heranzubilden.

## Sozialpolitischer Ausschuß.

Berlin, 10. Dezember.

Auf Veranlassung unserer Genossen beschäftigte sich der 6. Ausschuß am Donnerstag und Freitag mit der Verbesserung der Reichswochenhilfe. Genossin Schröder unterbreitete dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums eine Reihe Fragen, die folgendermaßen beantwortet wurden:

1. Das Gesetz vom 5. August 1921 sieht die unentgeltliche Hilfe des Arztes bei der Entbindung und im Falle der Schwangerschaftsbeschwerden vor. Diese Bestimmung ist bis heute nicht in Kraft getreten und wird auch nach Ansicht des Vertreters des Arbeitsministeriums in Kürze nicht in Kraft treten können, da die nötige Verständigung mit den Ärzten bisher nicht erfolgen konnte. Das Ministerium wird aber sein Möglichstes zur Beschleunigung der Sache tun.

2. Nach einem, vom Geheimrat Hoffmann veröffentlichten Artikel stützt die Bestimmung des genannten Gesetzes, wonach die Familienwochenhilfe auch zu zahlen ist, wenn die Niederkunft innerhalb 9 Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt, aus formalen Gründen auf Schwierigkeiten. Das Ministerium ist bereit, in Zweifelsfällen eine Erklärung dahin abzugeben, daß es für die Zahlung gerügt, wenn die Wöchnerin beim Tode des Versicherten mit diesem in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat.

3. Eine Gesetzesvorlage zur Regelung der Wochenhilfe für die Angehörigen von Beamten hat bisher noch nicht fertiggestellt werden können, da Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern hierüber bestehen. Da Bestrebungen zur Schaffung einer Krankensicherung für die Beamten im Gange sind, so wird die Wochenhilfe wahrscheinlich mit dieser Frage zusammen behandelt werden.

Sodann beantragte unsere Fraktion im Hinblick auf die unnatürliche Steigerung der Preise der Lebensmittel und ganz besonders der Milch, eine Erhöhung des Mindestsatzes des Stützgeldes auf mindestens den Preis für einen Liter Milch täglich. Der Betrag soll jeweils vom Versicherungsamt festgesetzt werden. Die unabhängige Fraktion nahm bei dieser Gelegenheit ihre im Juli gestellten Anträge mit kleinen Änderungen wieder auf. Nachdem sich der Vertreter des Finanzministeriums aus finanziellen Gründen und der Vertreter des Arbeitsministeriums aus technischen Gründen gegen beide Anträge gewandt hatten, stellten Zentrum und Volkspartei den Antrag, das Stützgeld auf 3 Mark mindestens täglich zu erhöhen.

In der Abstimmung wurde der letzte Antrag der Unabhängigen, für den in der Hauptsache auch unsere Genossen stimmten, abgelehnt, und unser Antrag angenommen.

Am Mittwoch hatte der Ausschuß einstimmig beschlossen, das die Anträge zur Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung bis zum Freitag eingebracht werden sollen, und daß dann der Ausschuß über diese Anträge entscheiden sollte. Die Sozialdemokraten hatten auch ihre bereits angekündigten Anträge sofort eingebracht: Danach sollen die Verbesserungen, die die Angestelltenversicherung gegenüber der Invalidenversicherung enthält, in diese übernommen werden.

Die Invalidenrente soll bereits bei 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit, die Witwenrente an alle Witwen und die Waisenrente bis zum 18. Lebensjahre gewährt werden. Die Invalidenversicherung soll auch auf alle Angestellten ausgedehnt werden. Die weiteren Änderungen sollen beschlossen werden, sobald die Reichsregierung genaue Vorschläge für die Bemessung der Leistungen aus der Invalidenversicherung und für die Höhe der Beiträge unter reiflicher Durchführung des Umlageverfahrens vorgelegt hat. Diese Vorlage soll bis spätestens 1. April 1922 dem Reichstage zugehen.

Die Bürgerlichen überraschten nun aber den Ausschuß mit dem Verlangen, die Reichsregierung solle bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages im Januar eine weitere Denkschrift darüber vorlegen.

1. in welcher einzelnen Beziehungen, in welcher Form und mit welchen finanziellen Wirkungen dem Vorschlag unter 2 in der schon jetzt vorliegenden Denkschrift entsprechend die Angelegenheiten der Angestellten- und Invalidenversicherung gemeinschaftlich verwaltet werden können unter Aufrechterhaltung der selbständigen Reichsversicherungsanstalt;
2. in welcher Form und mit welchen finanziellen Wirkungen eine Zusammenlegung der Reichspräsidentenversicherung und Invalidenversicherung möglich ist, ohne die sich aus der selbständigen Angestelltenversicherung ergebende Rechtsstellung der Angestellten zu beeinträchtigen;
3. in welcher Form und mit welchen finanziellen Wirkungen die Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung in einer Weise erweitert werden kann, daß die

Versicherten selbst und ihre gewählten Vertreter die Verwaltung unter eigener Verantwortung, aber unter Oberaufsicht des Reiches führen.

Dabei ist insbesondere zu prüfen, in wie weit die großen Verbände der Angestellten für ihre Mitglieder die Angestelltenversicherung betreiben können.

Aber damit nicht genug, der deutsch-nationale Handlungsgehilfenvertreter Lam bach entriestete sich gewaltig über die sozialdemokratischen Anträge. Solange diese Anträge noch nicht vorlagen, erklärten die Bürgerlichen, daß die Verschmelzung unter Übernahme aller günstigeren Bestimmungen nicht ohne große Schwierigkeiten möglich sei, und daß die Sozialdemokraten die notwendigen Gesetzesänderungen im einzelnen beantragen müßten. Nachdem die Sozialdemokraten dieser Aufforderung nachgekommen waren und gezeigt hatten, daß die Verschmelzung bei gutem Willen sehr leicht zum Vorteil auch aller Angestellten und Arbeiter durchführbar ist, waren die Bürgerlichen erst recht unzufrieden über ein solches „agitatorisches“ Vorgehen. Herr Lam bach beantragte, über die Anträge gar nicht erst abzustimmen, sondern die Verschmelzung ohne weiteres abzulehnen und den vorliegenden Entwurf zur Änderung der Angestelltenversicherung zu beraten. Diese Beratung soll damit beginnen, daß sie — vertagt wird, bis die neue Denkschrift vorliegt! Das Arbeitsministerium ließ erklären, daß dies nicht vor Mitte Januar der Fall sein werde.

Die Sozialdemokraten forderten, daß endlich über die Verschmelzung entschieden wird und wandten sich gegen die weitere Verschleppung. Sie ließen aber keinen Zweifel darüber, daß sie sich nicht ohne weiteres mit der Ablehnung der Verschmelzung zufrieden geben würden, wenn nicht gleichzeitig ihre dazu gestellten Anträge erledigt würden. Nach langer Geschäftsordnungsdebatte zogen es die Bürgerlichen denn doch vor, von der Vergewaltigung der Sozialdemokraten Abstand zu nehmen. Sie beschlossen jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die Verhandlungen jetzt abzubrechen und sie erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Denkschrift eingegangen ist.

## Lebensmittelausfuhr?

Der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Röpenick und die Abgeordnete Genossin Bohm-Schuch haben im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Nachrichten aus der Schweiz zufolge haben die Hazer- und Gerstenmüller der Schweiz an den Bundesrat das Gesuch gerichtet, die Einfuhr von Hazer- und Gerstenerzeugnissen zu sperren. Zur Begründung wird angeführt, daß sich die Konkurrenz aus auf Holland und Amerika beschränkt habe, während jetzt aus Deutschland Roggen und Rohhazer nicht ausgeführt werden dürfen, hingegen die Ausfuhr von Hazer- und Gerstenerzeugnissen frei gegeben sei. Die Schweizer Hazer- und Gerstenmüller behaupten, daß die Einfuhr dieser Fertigfabrikate sie zwingt, ihre Betriebe zu schließen, da sie die deutsche Konkurrenz nicht aushalten könnten, die zu wahren Schlenderpreisen Produkte ins Ausland bringe. Ferner wird behauptet, daß der deutsche Handel, als die Markt noch besser stand, große Reiszorräte angekauft habe und jetzt mit Riesengewinnen seine Vorräte nach der Schweiz verkaufe. Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um jede Verschleuderung von Volkswirtschaftsmitteln nach dem Auslande zu verhindern?“

## Eine „neue“ Besoldungsreform?

Berlin, 1. Dezember.

Wie bereits mitgeteilt, haben die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit Ausnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Reichsregierung eine Denkschrift überreicht, in der die neuen Lohnforderungen der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter eingehend formuliert werden. Der „Sozialb. Parl.-Dienst“ ist in der Lage, aus der Denkschrift folgende Einzelheiten zu veröffentlichen:

### I. Beamte.

1. Es ist eine Änderung der Grundgehälter vorzunehmen. Die Aufstellung geht davon aus, daß die jetzige Skala der Grundgehälter deshalb unrichtig ist weil die Abstände ungleichmäßig, sowie zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen zu groß sind. Es ist deshalb eine Korrektur im Sinne einer Verringerung dieser Abstände durch Annäherung der Grundgehälter der unteren und mittleren Besoldungsgruppen an die oberen notwendig.

2. Eine Änderung in der Höhe des Teuerungszuschlages ist gleichfalls vorzunehmen. Das vorgeschlagene System verfolgt den Zweck, die untersten Einkommensstufen jedes Beamten in stärkerer Weise der Teuerung anzupassen, als die oberen und damit der Kostlage der unteren und mittleren Einkommensgruppen gerecht zu werden.

3. In Zusammenhang mit der Änderung der Grundgehälter muß selbstverständlich eine Verschiebung der Ortszuschlagsgrenzen eintreten.

4. Für die Diätäre muß ebenfalls eine Neuregelung des Einkommens der planmäßigen Beamten entsprechende Verbesserung ihrer Bezüge eintreten.

5. Für die Beamten im Vorbereitungsdiens, deren Aufbesserung nach Maßgabe der Oktoberregelung immer noch auf sich warten läßt, ist diese Verbesserung beschleunigt durchzuführen. Darüber hinaus ist sofort, und zwar im Rahmen der jetzigen Aktion die notwendige Anpassung an die neu aufzusetzenden Bezüge der Beamten vorzunehmen. Die große Not, in die diese Gruppen durch die verzögerte Behandlung der August- und Oktoberregelung gebracht worden sind, macht es den Organisationen zur Pflicht, diesmal auf der gleichzeitigen Regelung für die Beamten im Vorbereitungsdiens unbedingt zu bestehen.

6. Für die im Vertragsverhältnis beschäftigten, nicht unter den Tarifvertrag fallenden Personen (Landpostboten in Württemberg, Bahnagenten, Postagenten usw.) ist ebenfalls eine durchgreifende Verbesserung der Bezüge vorzunehmen, da deren Vergütungen den heutigen Teuerungsverhältnissen keineswegs mehr entsprechen.

7. Im Rahmen der Oktoberaktion wurde den Organisationen eine besondere Behandlung über die Regelung der Ausgleichszulage für die aus dem Lohnverhältnis hervorgegangenen Beamten zugesagt. Die Besprechung und damit die Regelung dieser Angelegenheit hat noch nicht stattgefunden. Es wird gefordert, daß diese Frage im Rahmen der jetzigen Aktion endgültig geklärt wird. Wenn nach den Mittelungen der Regierung, eine Weiterzahlung der Ausgleichszulage nach dem jewei-

gen Stand des Lohnvertrags nicht in Frage kommen sollte, wäre durch entsprechende Fortsetzungen des Besoldungsdienstalters für die genannten Gruppen ein Ausgleich zu schaffen.

8. Die volle Auswirkung der Neuregelung für die aktiven Beamten auf Pensionäre und Hinterbliebene muß angesichts der großen Not gerade dieser Gruppen vorgenommen werden. Besondere Nachdruck wird hierbei von den Organisationen auf die beschleunigte Anbahnung der Mehrbeträge gelegt. Im übrigen wird gefordert, daß die schon bei den letzten Verhandlungen in Aussicht genommene Ausgleiche des Reichspensionsergänzungsgesetzes an die entsprechenden Gesetze der Länder (Preußen, Bayern) nunmehr alsbald vorgenommen wird. Wir haben schon bei den letzten Verhandlungen auf die Gefahr einer Benachteiligung für die Pensionäre und Hinterbliebenen der Länder und Gemeinden hingewiesen, die sich aus dem Artikel 5 des Gesetzes vom 11. November ergeben kann. Tatsächlich würde die sofortige und strikte Durchführung dieses Artikels für einen Teil der genannten Pensionäre und Hinterbliebenen eine Verringerung ihrer Bezüge bedeuten.

### II.

#### Angestellte.

1. Uebersetzung der für die Beamten aufgestellten Forderungen in vollem Umfange auf die unter den Reichstarifvertrag fallenden Angestellten.

2. Entsprechende Erhöhung der Gehaltsätze für Jugendliche und Lehrlinge.

### III.

#### Arbeiter.

1. Erhöhung der Grundlöhne um 1,30 Mk. pro Stunde in allen Lohngruppen und Ortsklassen (nach Anlage 2).

2. Erhöhung des Kinderzuschlages auf die den Beamten gewährten Sätze.

3. Neuregelung der Bezüge der weiblichen Bediensteten, der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge.

4. Erhöhung aller übrigen Zuschläge für auswärtige Beschäftigung, bei Uebernachtung, für Nachtarbeit und Beamtendienst (Bahnarbeiter, Telegraphenarbeiter, Kraftwagenführer usw.).

5. Sofortige Neuregelung der Ortsklasseneinteilung für Arbeiter. Die Ortsklasseneinteilung der Bahnunterhaltungs- und der Telegraphenbauarbeiter muß nach dem Dienstlich der Bahnmeisterei bezw. des Telegraphenbauamtes erfolgen.

6. Beteiligung entsprechender Reichsmittel zur Erhöhung der Bezüge der Rentenempfänger.

### IV.

#### Gemeinsame Forderungen.

1. Bereitstellung von Reichsmitteln für Länder und Gemeinden, um die Durchführung einer Reichsregelung entsprechender Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sicherzustellen.

2. Beginn der Neuregelung mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. und raschste Auszahlung der Mehrbeträge noch vor Weihnachten.

#### Grundgehälter.

Gruppe	Anfangsgehalt	1	2	3	4	5	6	7	8
I	12000	12550	13100	13650	14200	14050	15100	15550	16000
II	13500	14100	14700	15300	15900	16500	17000	17500	18000
III	15500	16200	16900	17600	18300	19000	19700	20400	21100
IV	17500	18300	19100	19900	20700	21400	22100	22800	23500
V	20000	20850	21700	22550	23400	24250	25000	25750	26500
VI	22500	23500	24500	25500	26400	27300	28200	29100	30000
VII	25000	26100	27200	28300	29400	30300	31200	32100	33000
VIII	27500	28900	30300	31700	32900	34100	35300	36500	
IX	30000	31500	33000	34500	36000	37500	38750	40000	
X	33000	34700	36400	38100	39800	41200	42600	44000	
XI	36000	37800	39600	41400	43200	45000	46500	48000	
XII	42000	45000	48000	51000	53000	55000	57000		
XIII	58000	60000	62000	64000	66000	68000			

#### Teuerungszuschlag

bis zu einem Einkommensteil (Grundgehalt und Ortszuschlag) von

15000.— Mk. . . . . . = 50%

für weitere 5000.— (über 15000.— bis 20000.—) = 40%

für weitere 5000.— (über 20000.— bis 25000.—) = 30%

für jeden weiteren Einkommenssteil über 25000.— . . . . . = 20%

#### Ortszuschlag.

Ortsklasse	über					
	bis 15500	17500	22500	25000	33500	42500
A	3200	4000	4800	5600	6400	8000
B	2400	3000	3600	4200	4800	6000
C	2000	2500	3000	3500	4000	5000
D	1600	2000	2400	2800	3200	4000
E	1200	1500	1800	2100	2400	3000

## Devisen-Kurse.

Berlin, 13. Dezember.

#### Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		12. Dez.	10. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6148.85	6733.25
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1263.70	1393.60
Kristiania	100 Kr.	2507.45	2757.20
Kopenhagen	100 Kr.	3161.80	3561.40
Stockholm	100 Kr.	4070.90	4520.45
Helsingfors	100 finn. Mk.	311.65	389.65
Rom	100 Lire	759.20	819.15
London	1 £	689.50	769.20
New York	1 Doll.	165.38	187.31
Paris	100 Frs.	1833.65	1453.50
Zürich	100 Frs.	3246.75	3621.35
Madrid	100 Pesetas	2407.—	2672.30
Wien	100 K.	6.93	6.93
Budapest	100 K.	23.72	24.57
Prag	100 K.	202.75	215.75

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Tag	Std.
Angekommen am 13. Dezember.						
D.	Mira	Grant	Helsingfors	3		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Neustadt Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Forstrevier Israelsdorf.  
Bezirk Waldhusen.  
**Brennholz-Verkauf**  
an Abk. Selbstverbraucher für Hausbrandzwecke  
am 15. Dezember d. J.  
vorm. 9.30 Uhr in der Gastwirtschaft von Frau  
Wm. Schwarz, Herrenbrücke. (Forstort: Stiemer  
Lannen.)  
180 Km. Hefern Knüppel.  
Nachmittags 8 Uhr in der Gastwirtschaft von Frau  
Wm. Borgwardt, Waldhusen. (Aus dem  
ganzen Revier.)  
192 Km. Nadelholz Knüppel,  
18 Km. Laubholz Kluft u. Knüppel.  
Sitten ab 11. d. M. in den Verkaufsstellen  
und im Forsthaufe zu Waldhusen.  
Waldhusen, im Dezember 1921.  
10417) Der Revierförster.

Am Freitag, dem 9. d. Mts. verschied  
plötzlich und unerwartet unser lieber Ar-  
beitskollege  
**Otto Schulz**  
im blühenden Mannesalter. (10430)  
Sein Andenken werden wir stets in  
Ehren halten.  
**Die Angestellten, Arbeiter  
und Arbeiterinnen  
der Firma. F. E. Schacht & Co.**

**1/2 bis 1 PS. Elektromotor,**  
nicht über 900 Touren pro Minute,  
zu kaufen gesucht. 10438  
**Friedr. Meyer & Co., Johannistr. 46.**

**M. 500,00**  
Belohnung werden ge-  
zahlt an denjenigen, der  
die von dem Grabe  
**Düster**  
auf dem allgemeinen  
Gottesacker gebliebene  
Eisenerne wieder her-  
beischafft. (10442)  
**Die Friedhofsbehörde.**  
Für die vielen Ge-  
schenke u. Glückwünsche  
zu unserer silbernen Hoch-  
zeit danken herzlich  
**Johannes Kähler  
und Frau.  
Kensfeld,  
Sindensstraße 15. (10432)**

**Deutscher  
Eisenbahner-Verband.**  
Ortsgruppe Lübeck.  
Am Sonnabend,  
dem 10. d. Mts.  
hat infolge Krank-  
heit unter Kollege  
Oberwachenmeister  
**Richard Böhm.**  
Seine feinem An-  
denken.  
Die Beerdigung  
findet am Mittwoch,  
dem 14. Dez., nach-  
mittags 1/2 Uhr  
auf dem Kensfeld bei  
Friedhofstr. (10437)  
Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die bewiesene  
Teilnahme zur Beerdigung  
unserer lieben Groß-  
mutter, Mutter und  
Schwiegermutter, der  
**Ww. Karms,** sowie für  
die tröstlichen Worte  
des Herrn Pastor Stäl-  
ken lassen hiermit unter  
tieferfühltem Dank (10444)  
**Die trauernden Hinter-  
bliebenen.**

**Danktagung.**  
Für die Teilnahme  
beim Ableben unserer  
Mutter lassen wir allen  
unsern herzlichsten Dank  
**Die Geschwister Grubbe.**

**Maurer**  
stellt sofort ein  
für Bauten in Mauerwerk  
und Kellern  
**J. Lüdemann,  
Königsplatz. (10433)**  
Ja. Wäch. f. möbl.  
heiß. Zimmer. (10436)  
Tag u. N. 2. 1/2. 1/2.  
Logis zu verm. (10437)  
Sindensstraße 18 III.

**Schuhbesohlen**  
(Herren-, Damen- und Kinderstiefel)  
**mit der Hand**  
schnell, sauber, haltbar und billig. (a8558)  
Schuhreparatur u. Stepperei. Moderner Warte-  
raum.  
**Hürstraße 50. Robert Jentzen Hürstraße 50.**  
Fachmännische Bedienung.

**Zu Weihnachten!**  
**Zeitschriften**  
Schach, Halma, Lotto u. a. m.  
**Bilderbücher**  
einfache und künstlerisch wertvolle.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Johannstraße 46. (10408)

**Konsumverein für  
Lübeck u. Umgeg.**  
z. O. m. b. H.  
Nachdem die am 12. Dezember stattge-  
fundene Generalversammlung die diesjäh-  
rige Bilanz genehmigt hat, erfolgt  
**die Auszahlung des Rabatts**  
für im Geschäftsjahr 1920/21 entnommene  
Waren am  
**Mittwoch, dem 14. Dezbr.,  
Donnerstag, dem 15. Dezbr. u.  
Freitag, dem 16. Dezbr.**  
während der Geschäftsstunden in den Waren-  
abgabestellen gegen Abgabe der bei der  
Markenablieferung erhaltenen Quittung.  
An Kinder wird nicht ausbezahlt.  
Der Vorstand. (10439)

**Reell!**  
Die öffentlich höchst gebotenen  
Preise  
**F. Bruchgold, Bruchsilber, Platin,  
alle Gebisse (auch einzelne  
Zähne), Brennschiffe, Brillanten,  
alte Münzen, Doublebruch**  
zahlt wirklich und überbietet oft  
**Willi Westfeling** Uhrm. u. er  
32 Holstenstrasse 32.  
Beitrag Abgabezeit für Händler. (10434)

**Weihnachtsbitte!**  
Das Heim Borwardt bietet herzlich (10421)  
**Gedenkt des Hauses Vorwerk  
u. schenkt 100 Pilschbesohlen.**  
Geben schmerzt dankend entgegen  
Hauswart **Chr. Reimpell,** Borwardt.  
Leinw. **C. Seckan,** Kampenführer.  
Schlichter **P. Barwick.** Tel. 8730.

**Neuer Grund-  
eigent. Verein**  
Lübeck und Umgeg.  
von 1919.  
Mittwoch, d. 14. Dezbr.  
abends 8 Uhr  
in den Zentral-Hallen:  
**Monats-Versammlung**  
Wichtige Tagesordnung  
u. a. Bericht über Mit-  
gliedererhöhung sowie  
Außerordentl. Verbands-  
tag am 10. u. 11. Dez.  
in Berlin. (10440)  
Aufnahme neuer Mit-  
glieder am Saaleingang.  
Ausweise mitbringen.  
Infolge der Bürger-  
schaftsversammlungen  
finden die Versammlun-  
gen nicht mehr am 2.  
Montag, sondern jetzt  
am 2. Mittwoch im  
Monat statt.  
Der Vorstand.

**Zeitschriften**  
für Vereine, Gewerkschaften  
fertigt an u. liefert prompt, preiswert  
und in jeder Ausführung  
**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**  
Die höchsten Tagespreise für

**Lumpen, Eisen,  
Metalle, Papier,  
Felle usw.**  
erhalten Sie bei (10418)  
**Selig L. Cohn**  
Wahmstr. 62. Telefon 2153.

**Aland.**  
Grüzwürste  
Rintwürste  
wie er vorliegt. (10455)

**Magerteit!**  
Schöne volle  
Körperformen  
durch unser  
**Legs-Kraftpulver**  
in 6 bis 8 Wo-  
chen bis 30 Pfd.  
Zunahme. Ga-  
rant mäßig. Grätlich  
empfohlen. Streng reell!  
Viele Dankschreiben. Preis  
Karton mit Gebr.-Anm.  
Mk. 15.— Postanweisung  
oder Nachnahme. (1027)  
Alleinstige Niederlage:  
**Adler-Apotheke,**  
Lübeck, Ob. Mengstr. 10.

**Justiz-Kontrollrat  
Gerrenwälder  
Strawitten** 10198  
in großer Auswahl  
**Papier-Wäpfe**  
(Kopier- u. Fabrikat.)  
**Aug. Janensch**  
Sandstraße 6. (10405)

**U.S. LINES**  
  
Regelmäßige Abfahrten  
**BREMEN  
NEWYORK**  
Vorzügliche Reisegelegenheit  
mit den größten zwischen Deutschland  
und Amerika verkehrenden erstklassigen und  
schnellen Doppelschrauben-Salondampfern  
„George Washington“, „America“ u. a.  
ab deutschem Hafen  
**BREMEN-CANADA**  
Auskunft und Fahrpläne durch  
GENERALVERTRETUNG  
**NORDDEUTSCHER  
LLOYD BREMEN**  
und seine Vertretungen  
in Lübeck: (10407)  
C. F. Schütt & Co., Untertrove 12/13.

**Achtung,  
Sparklubs!**  
**Sparkassen-  
Bücher**  
in übersichtlicher Auf-  
machung vorrätig in der  
Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.,  
Johannstr. 46.**

**Matratzenhaus Reinecke**  
Beckergrube 22.  
**Spiralmatratzen und  
Auflieger.** (10412)  
fa. Material, gute Stoffe.  
Billigste Tagespreise.

**Städt. Saalbau  
(Marmoraal)**  
**Marionetten**  
Theater deutscher  
Bühnenkünstler.  
Täglich 8 Uhr:  
**Faust**  
sowie Kunsterleucht.  
Nachm. 4 Uhr:  
Märchenspiele  
und Kunstmarionetten.  
Nachm. zahlen Kinder  
halbe Preise.  
Sonntag, den 18. Dez.  
unwiderruflich  
die  
**letzten Aufführungen**  
Karten an der Abend-  
kasse und im Vorver-  
kauf bei **E. Robert;**  
Brette Str. 29. (10462)

**Hansatheater.**  
Gute. (10428)  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
Letztes Gastsp. der Ham-  
burger Kammerpiele-  
Reigen.  
Mittwoch u. Donnerst.  
7 1/2 Uhr:  
**Ein Walzertraum.**  
Stadttheater Lübeck  
Dienstag, 18. Dez., 7 1/2  
Uhr, musikalisches  
Drama von Max  
Schilling, mit ein-  
führendem Vortrag v.  
Kapellmeister Mann-  
stedt.  
17. Ab.-Vorst. Bchl. A.  
Mittwoch, 14. Dez., 7 1/2  
Uhr. Auf vielfach  
Wunsch! (10414)  
17. Ab.-Vorst. Buchst. A.  
Donnerstag, 15. Dez., 7.30  
Uhr. Madame Butterfly.  
17. Ab.-Vorst. B. A.  
Freitag, 16. Dezbr.  
Uraufführung! Die  
schöne Brüderlein.  
Weihnachtsmärchen u.  
G. Deede. (Auss. Abon-  
nement.) Grm. B.

**Lübecker Sinfonie- und  
Theater-Orchester.**  
**10. Volks-Konzert**  
im Gewerkschaftshaus  
am Mittwoch, dem 14. Dezember,  
abends 7.30 Uhr. (10435)  
Leitung: Konzertmeister Millies.

**Kolosseum  
Ball**  
Jeden Mittwoch  
und Sonnabend  
Kassendn. 6 1/2 Uhr.  
Heinrich Ohde.  
10406)  
**Luisenlust** Jeden  
Mittwoch **Ball.**  
(10405) Damen Eintritt frei.

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 13. Dezember.

### Sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz.

Die sozialdemokratische Partei Lübecks beruft für Sonntag, den 18. ds. Mts., vorm. 10 Uhr, eine Konferenz der von Arbeiterliste aufgestellten und gewählten Gemeinderäte der Landgemeinden des Lübeckischen Staatsgebietes nach dem Gewerkschaftshause ein.

Die Konferenz soll sich mit den Aufgaben der Vertreter der Landgemeinden befassen, was um so notwendiger erscheint, da das Stadt- und Landamt seines Amtes wartet, als wäre eine neue Landgemeindevorbereitung noch nicht Gesetz und ein November 1918 hätte überhaupt nicht stattgefunden.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bürgerfraktion werden gebeten, diese Konferenz zu besuchen, da auch die Frage des Ausbaues des Stadt- und Landamtes zu einer richtigen Behörde mit bürgerlichen Deputierten zur Erörterung gestellt wird.

Es hat sich gezeigt, daß die Leitung des Stadt- und Landamtes mit der neuen Zeit nicht gehen will. Es müssen deshalb Einrichtungen geschaffen werden, die den Formaljuristen die Macht aus der Hand nehmen und den Bürgern den Einfluß verschaffen, der nach den Erfahrungen mit den reaktionären Herren des Stadt- und Landamtes zur Notwendigkeit geworden ist.

### Der Stand der Auswanderungsbewegung.

Die Reichszentrale für Heimatdienst schreibt uns: Die Auswanderungsbewegung, die unmitttelbar nach dem Kriege sich in Deutschland stark bemerkbar machte, hat in der letzten Zeit nachgelassen. Daß die Entwertung der deutschen Mark die praktische Durchführung der Auswanderungslust erheblich erschwert, bedarf keines besonderen Hinweises. In den letzten Monaten ist auch, wie das Reichsministerium feststellt, ein Nachlassen der Auswanderungsbewegung zu verzeichnen. Dies gilt insbesondere vom westlichen Deutschland, vom Rheinland und von Westfalen, wo die Besserung der Arbeitsverhältnisse in erster Reihe zu diesem Ergebnis geführt hat. Allerdings hat sich in anderen Landesteilen die Auswanderungsbewegung auf derselben Höhe wie bisher gehalten und sich teilweise noch gesteigert.

Als Hauptgründe für die Auswanderungsbewegung tritt in zunehmendem Maße die Erleichterung der Einreise in die Vereinigten Staaten von Amerika in Erscheinung. Im ganzen Reich ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß ein Anzugaß von Personen durch Verwandte, die vielfach die Ueberfahrt bezahlen oder gelegentlich die alte Heimat besuchen, zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten veranlaßt werden. Als Ursache der Auswanderung spielt ferner der Drang nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit besonders in landwirtschaftlichen und Arbeiterkreisen eine Rolle, sowie die Sorge um die unsichere Zukunft Deutschlands und die eigene Versorgung im Alter.

Unter den überseeischen Zielländern besteht außer für die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach wie vor für Brasilien, von dem zahlreiche Auswanderungswillige Freifahrtangebote erwarten, ferner für Argentinien, Paraguay und Ueberländisch-Indien Interesse. Infolge der Verteuerung der Ueberfahrtskosten werden in wachsendem Maße die europäischen Staaten ins Auge gefaßt. Größte Nachfrage besteht nach Holland. Steigendes Interesse zeigt sich für Rumänien, Spanien, Spitzbergen und die östlichen Randstaaten, insbesondere für Finnland und Litauen. Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen und die Errichtung einer deutschen Vertretung in Moskau haben eine rege Nachfrage über Betätigungsmöglichkeiten von Ingenieuren und Kaufleuten in Rußland zur Folge gehabt. Die tatsächliche Auswanderung nach den östlichen Randstaaten beschränkt sich auf einzelne Fälle, während eine Auswanderung Deutscher nach Polen und Rußland nicht stattfand. Zu bemerken sind ferner die Anfragen ehemaliger Kolonialdeutscher über ihr früheres Betätigungsgelände und die portugiesischen Kolonien.

Die Zahl der Leute, die planlos in die Welt hinauswandern wollen, nimmt immer mehr ab. Dafür steigt die Zahl derjenigen Rat suchenden Personen, die vor der Vereinbarung über

eine feste Stellung stehen und vor dem endgültigen Abschluß sich über die Verhältnisse genauer erkundigen wollen. Wie bisher entstammen die Auswanderungswilligen allen Kreisen der Bevölkerung. Besonders starken Anteil haben Industriearbeiter und Handarbeiter, sowie weibliche Hausangestellte. Für Spitzbergen und Rumänien kommen insbesondere Bergarbeiter und für letzteres noch Facharbeiter, Maschinenschlosser, Monteure und Werkmeister in Frage. Angesichts des niedrigen Standes der Mark und des Unvermögens der meisten Auswanderungswilligen, die Kosten der Ueberfahrt und der sonstigen mit der Auswanderung verbundenen Ausgaben zu tragen, entspricht die tatsächliche Auswanderung nicht annähernd der vorhandenen Auswanderungsneigung.

Die Bekanntmachungen zur Anmeldung der Schüler an höheren Schulen fordern u. a. als Ausweis Tauf- und Zempfein. Es ist natürlich kein Mensch gezwungen, einen Taufschein vorzulegen. Der Geburtschein ist ein viel besseres Legitimationspapier. Wie uns die Ober-Schulbehörde mitteilt, bemüht die Vorlegung eines Taufscheins auf einer Prüfung. Es soll Geburts- oder Taufschein heißen.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder. Alle Kinder, die zu Ostern n. J. das 6. Lebensjahr vollendet haben und demnach zu dem genannten Zeitpunkte nach dem Unterrichts-gesetz schulpflichtig werden, sind bis zum 20. d. Mts. bei dem Rektor der Volksschule des Bezirks, in dem sie wohnen, anzumelden. Das Nähere erlaubt sich aus der Bekanntmachung der Ober-Schulbehörde vom 1. d. Mts.

„Diebstahlsverbrechen.“ Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die Direktion der E.-S.-B. Dietsche gibt bekannt, daß der Brief, der in dem Artikel „Diebstahlsverbrechen“ am 1. Dezember im Volksboten besprochen wurde, von der Direktion weder verfaßt noch veranlaßt worden ist und sie diesem anonymen Schreiben vollständig fern steht. Gründliche Nachforschungen haben ergeben, daß der Brief auch von keinem Mitarbeiter oder Angestellten geschrieben wurde, so daß dieses anonyme Schreiben von fremder Hand in böswilliger Absicht der Redaktion zugehändigt worden ist. E. B. L.“

Dazu ist zu bemerken: Wir haben sicher nicht behauptet, daß die Direktion der E.-S.-B. Dietsche oder Veranlasserin jenes von niedriger Gestaltung zugehenden Schreibens war. Es scheint uns auch fraglich, wann die Nachforschungen der Direktion nach dem Urhebergebnislos verliefen. Beides ist für uns auch völlig belanglos. Tatsache bleibt, daß ein Schmutzbrief das zeitweilige sozialdemokratische Partei- und Regierungsmitglied in ordnungsgemäßer Art beschimpfte. Die Veröffentlichung jenes Schreibens geschah zu dem Zweck, die Gefinnung gewisser Leute öffentlich zu brandmarken und deren provozierenden Auftreten zu verändern. Daraus dreht sich der Streit, von dem in dem Schreiben des Herrn Biet nichts zu lesen ist. Wenn die Direktion darauf hinwirkt, ausgesprochene chauvinistische Exzesse, durch die andere Gattungen beschimpft werden, zu unterbinden, dann ist der Zweck unserer Kritik erreicht.

Zur Zahlung rückständiger Beiträge für die Stadtwasserwerk fordert die Betriebsbehörde die Hausbesitzer von St. Jürgen und St. Gertrud bis zum 16. Dezember auf.

Gemeindegewerkschaftswahl. Am Sonntag findet eine Neuwahl der 24 Mitglieder unseres Gemeindegewerkschafts statt. Dazu werden gelebte Wählerlisten der Arbeitgeber und Arbeiter angelegt. Aufgenommen in sie wird aber nur, wer sich zur Aufnahme meldet. Diese Anmeldung kann mündlich oder schriftlich, persönlich oder durch einen Bevollmächtigten erfolgen und hat vom Sonnabend, dem 10. Dezember bis zum Freitag, dem 23. Dezember werktags von 9-1 und von 3-6 Uhr (Sonnabends jedoch nur von 9-2 Uhr) im Statistischen Amt, Braunstraße 2, bzw. bei den Gemeindevorständen zu geschehen. Die zur Teilnahme an der Wahl Berechtigten werden hiermit aufgefordert, Vorschlagslisten der zu wählenden Mitglieder aufzustellen und sie spätestens am 20. Dezember im Statistischen Amt von namentlich bezeichneten Personen einreichen zu lassen. Jede Liste hat die Namen von zwölf wählbaren Personen zu enthalten und muß von mindestens 20 wahlberechtigten Arbeitgebern oder Arbeitern unter Bezeichnung eines für etwa erforderliche Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters unterschrieben sein.

Heim Vorwerk. Weihnachten naht, und da läßt auch das Heim Vorwerk wieder — wie alljährlich — seinen Bittbrief erschallen: Gedankt der kleinen und „großen“ Kinder, die dort ihr Heim haben, ihre Ausbildung erhalten, die — wie's nur Kinder können — sich auf Weihnachten freuen! Viel Freundlichkeit und manche Hilfe hat dieses Haus auch gerade in letzter Zeit wieder

gefunden. Trotz des warmen Interesses der staatlichen Behörden und trotz des erhöhten Kostenspiegels ist aber das Gelingen einer Wohltätigkeitsanstalt mit angewiesen auf die private Wohltätigkeit. Das Heim Vorwerk ruft daher: Soll die Arbeit eines Hauses — wie Vorwerk es ist — die Fürsorge für die zum Teil schwächsten Menschenkinder geheißen, so muß sie Unterstützung finden, muß von der Allgemeinheit mit getragen werden.

Die Gewerkschaften als Mitarbeiter beim Wiederaufbau. Eine öffentliche Werkmesserverammlung einberufen vom Deutschen Werkmeister-Verband, die nicht nur von Mitgliedern des Werkmeister-Verbandes, sondern auch von anderen Angehörigen zahlreich besucht war, nahm Stellung zu der heute wichtigen Frage: „Welche Aufgaben stehen uns bevor?“ Die in der Versammlung vertretene Auffassung kam in folgender, einmütig gefaßten Entschließung zum Ausdruck: „Die Versammlung ist sich darin einig, daß die volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften im neuen Deutschland ein erhöhtes Verantwortungsgefühl aller organisierten Arbeitnehmer gegenüber der Volksgemeinschaft erfordert. Aus diesem Grunde muß den Arbeitern und Angestellten das volle Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft eingeräumt werden. Dazu ist die Fortführung der wirtschaftlichen Rätegehegung und die Ausgestaltung des Betriebsrätegesetzes, der Schutz der Arbeit durch Ausbau und Vereinhaltung des Arbeitsrechtes und der Sozialversicherung notwendig. Pflicht eines jeden Angestellten ist es, die in diesem Sinne erforderliche Erziehungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Versammelten erwarten vom Vorstand des D. W. V., daß er, unbetruet der Angriffe von rechts und links, die Verbandspolitik in der bisherigen Weise weiterführt und damit nicht nur dem Berufsstand der Werkmeister, sondern der Volksgemeinschaft dient.“

Ein Schiff gekentert. Wie die Rettungsstation Prerow der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet, ist am 9. Dezember der Schoner „Hans“ aus Hamburg, mit Kobelen von Lübeck nach Itzehoe bestimmt, am Westrand gekentert. Drei Personen sind durch den Raketenapparat der Station gerettet.

Auch das Heiligste ist den Dieben recht. Auf dem Allgemeinen Gottesacker wurde von einem Grabe eine Urne gestohlen. Die Friedhofsbehörde setzt für die Herbeischaffung der Urne 500 Mark Belohnung aus.

Das Ende der Zuckerknappheit. Das Reichswirtschaftsministerium an. Sie werde es nicht mehr geben und der laufende Bedarf an Haushaltszucker in vollem Umfangem bedient werden können. Wegen Bemüherung würden sich die Verbraucher am besten dadurch schützen, daß sie Not- und Angstkäufe vermeiden. Die geforderten Ueberpreise zu bezahlen, liege am so weniger Veranlassung vor, als die Gemüthsruhe besteht, daß im Laufe der nächsten Zeit ausreichende Mengen Zucker zu normalen Preisen auf den Markt gebracht werden. Den Fabriken ist für die Monate Oktober bis Dezember etwa ein Drittel der voraussichtlichen Erzeugung des ganzen Jahres zum Verkauf und zur Lieferung bis Ende Dezember freigegeben. Der stärkste Verbrauch findet im Sommer statt. Die freigegebene Menge erscheint deshalb als ausreichend, um so mehr, als sie dem normalen Verbrauch der letzten Friedensjahre entspricht.

Aus dem Eisbericht der Offize. Ein eisener, leichtes, loses Eis, stückweise Treibeis, Schiffsahrt unbehindert. — Setzt in der Haf bei Stettin, stückweises Treibeis, zusammengepacktes Eis, Schiffsahrt sehr erschwert, für Segler geschlossen. (Eisbrechergebühren aufgehoben.)

pb Vermittelt. Seit dem 7. d. Mts. wird der Kapitän Lambertus van der Wal, geb. am 6. März 1881 in Nieuwolda in Holland, vermittelt. Genannter liegt mit seinem Segler „Georgius“ im heiligen Hafen und hat sich von dem Schiffe entfernt, um hier Befragungen auszuführen. Festgesetzt ist, daß der Vermittelte hier mehrere Wirtschaften besucht hat. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Er ist circa 1,72 Meter groß, hat blondes Haar und dünnen blonden Schnurrbart, blaue Augen und volles rundes Gesicht. Er ist bekleidet mit dunkelgrauem Kadett, blauer Weste und Hohe, grauem Ueberzieher mit Sammetkragen und blauer Schiffsärmel. Personen, die Auskunft über den Verbleib des Vermittelten geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

ph. Festgenommen wurde ein Wirtschaftler aus Dabendorf, der in einem Pohnsdorfer wohnhafter Arbeitgeber etwa 80 Wfd. Weizen gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Elektriker, der als Agent für Versicherungen tätig gewesen war, eine größere Anzahl von Aufträgen gestohlen und sich dafür Provision zahlen ließ.

„Die Frau Baronin kommt.“ rief Pavel, „sie hat mein Haus noch nicht gesehen; was wird sie sagen, wenn sie sieht, daß ich ein Haus habe!“

In der Tat kannte die Baronin Pavels Bauwerk noch nicht. Die Spazierfahrten der Dame lenkten sich regelmäßig nach einer anderen Richtung. Der schlechte, steile Weg durch das Dorf kam sie nur einmal im Jahre gefahren, meistens zur Herbstzeit, wenn sie ihren alten pensionierten Förster im Jägerhaus davor besuchte. Das war heute und wäre wohl öfters der Fall gewesen, ohne die Gründe, die Matthias, der Bediente, immer anzuführen mußte, um von dem Ausflug nach dem Jägerhaus abzuraten. Der Grund, der ihm alle diese Gründe lieferte, war der, daß er an der Gicht in den Beinen litt, ungenügend zu Fuß ging und recht gut mußte, daß es am Ende des Dorfes, wo die jähere Steigung begann, heißen würde: „Steig ab, Matthias du bist zu dick, die armen Pferde können dich nicht schleppen.“

Als Pavel das Rauben des Wagens bemerkte, war Matthias loeben vom Hof herab besohlen worden, er schritt vorwärts hinter der großen Kalesche einher, in der die Baronin ebenfalls merkwürdig saß. Sie ärgerte sich über den Buckel, den ihr Kutcher machte, und schloß daraus auf einen Mangel an Respekt, indes dieser Buckel nur die Folge der lastenden Jahre war. Die Gebieterin sagte laut vor sich hin: „... Das die Leute heutzutage nicht mehr gerade sitzen können! ... Was das für eine Mauer ist! ... Eine rechte Schand, wenn sich einer gar nicht zusammenschmecken kann! ...“ Sie selbst sah sich wie eine Krücke und streckte sich, soviel sie konnte, um mit gutem Beispiel voranzugehen, was freilich unter den gegebenen Umständen wenig nützte. Dabei blickte sie lebhaft und neugierig umher durch die große Brille, die sie bei ihren Ausfahrten aufzusetzen pflegte. Bei der Sandgrube angelangt, wurde sie die neue Hütte gewahrt, die sich dort erhob und rief:

„Matthias, wer hat denn da einen Stall gebaut? Was ist denn das für ein Stall?“

Matthias beschleunigte seine Schritte, nahm den Hut ab und antwortete: „Das ist eine Schäluppe.“

„Was der Tausend, wer hat sich denn die gebaut?“

Matthias lächelte verzächtlich: „Die hat sich ja der Pavel gebaut, der Holub.“

„Gott hemaher einen! der baut Häuser?“

„Ja,“ fuhr Matthias fort und legte vertraulich die Hand auf den Wagensattel, für die Mutter, heißt's, daß die wo unter-Hunden kann, wenn sie heraustritt aus dem Zuchthaus. Wird ein Bauwerk werden; ist noch gut, daß es so frei steht und so weit draußen aus dem Dorf.“

## Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Pfarrer, der ihn durchschaute, rügte sein Tun, sein eigenes Gewissen warf ihm das Unrecht vor. Er beschloß, es nicht mehr zu begehen, er fete den Vorfall, und dachte, er sei leicht auszuführen.

Indessen — siehe da! was mußte er erkennen? Der Wahn, den er früher unterfützt hatte und nun austilgen wollte, war nicht mehr auszutilgen. Nicht in kurzer, nicht in langer Zeit, nicht mit kleiner und nicht mit großer Mühe ...

„Ich habe dem Unverstand das Hölzchen hingeworfen,“ rief er aus, „und er hat eine Keule daraus gemacht, mit der er mich drückt.“ ... „Ich habe mit Schlängen gespielt, und wie ich einsehe, daß ich Freud treibe und aufhören will, ist's zu spät, und ich bin unrettbar umzingelt.“

Von peinlicher Unruhe gejagt, begann er seine gewohnten Wanderungen durch das Zimmer.

„Was ich doch ein aufrichtiger Verbrecher, ein Mörder meiner wegen — ein ewiger Mörder und nicht die verlogene Kreatur, die ich bin ... bin! denn man wird's nicht los. Die Falschheit hat sich hineingetreffen in den Menschen und regiert ihn gegen seinen Willen. Das ist fürchterlich, wahr sein wollen und nicht mehr können.“

Er blieb vor Pavel stehen, packte ihn an beiden Armen und rüttelte ihn: „Du wirst es auch erfahren, wenn du dich nicht änderst ... Ändere dich, du kannst es noch!“

„Was soll ich tun?“ fragte Pavel.

„Nicht lügen, nichts von dir ausfragen, was du nicht für wahr hältst, im guten nicht, denn das ist niederträchtig, im bösen nicht, denn das ist dumm. Du machst dich zum Knecht eines jeden, den du befragst, und wäre er zehnmal schlechter und geringerer als du. Ich weiß, was du willst, dich trotzig zeigen, Säuen einflößen ... Warte nur, bis der Tag der Umkehr kommt, — er kommt bei dir, er bricht schon an, — warte nur, wenn du einmal Grauen empfinden wirst vor dir selbst.“

auf den durch sein unerwartetes Erscheinen in Bestürzung versetzten Lehrer.

„O Hochwürden, wie schön ... ist's gefällig? — einen Seffel ... Pavel, einen Seffel,“ kammelte Habrecht und eilte zum Tisch, an den er die zitternden Beine lehnte, und über den er wie beschämend die gerundeten Arme erhob. Mit einer selbstverrätherischen Ungeschicklichkeit, die ihm gleichgültig, lenkte er die Aufmerksamkeit des Pfarrers auf das, was er ihm um jeden Preis hätte entziehen mögen, auf das offen daliegende Buch.

Der Pfarrer trat heran, schlug, bevor Habrecht es hindern konnte, das Titelblatt auf und las mit Schrecken, mit Abscheu, mit Gram: Titi Lucretii Car: De rerum natura.

Er sog die Hand zurück, rief sie heftig am Necke ab und rief: „Lucretz ... O, Herr Lehrer — O!“

Und Habrecht ringend in Seelenqual, sammelte sich mühsam, langsam — zu einer Rüge. — „Zufall,“ flatterte er, „zufällig übrig geblieben das Büchlein, aus der Zeit der philologischen Studien.“ ... zufällig jetzt zum Vorschein gekommen ...

Wünsche es, hoffe es, müßte sie sonst bedauern,“ entgegnete der Geistliche, der ihn nicht aus dem Bann seines Blicks ließ.

„Und Sie hätten recht, der Sie einen Himmel haben und ihn jedem verheizen können, der da kommt, sich bei Ihnen Trost zu holen,“ brach Habrecht aus.

Als der Pfarrer ihn verlassen hatte, nahm er den zerlesenen Band, liehste ihn wie etwas Lebendiges und barg ihn an seiner Brust — seinen mit stets erneuter Wonne genoßenen, stets verlegneten Freund.

XII.

Pavel baute rühtig an seinem Hause fort, und es wurde fertig, allen Hemmnissen zum Trotz, die der Mutwille und die Bosheit erkannten, um dem Erbauer die Beendigung seines anpruchsvollen Werkes zu erschweren. Da stand es nun, mit Moos und Stroh bedeckt, sehr niedrig und sehr schief. Aus den drei niedrigen Fenstern guckte die Armut heraus: doch per unsichtbare In-schriften zu lesen verstand, der las über der schmalen Tür: Durch mich geht der Fleiß ein, der diese Armut besorgen wird. Vorläufig war die Schäluppe der Gegenstand des Spottes eines jeden, den ihr Weg vorbeiführte. Pavel ließ sich aber die Freude an seinem Häuschen nicht verderben, sondern ging wohlgenut an dessen innere Einrichtung. Er hatte einen Herd gebaut und einen beschickenen Bretternort gekauft. Um diesen mit ihm durchzumitern, fand der Schälupfer sich ein. Sie hielten Beratung, drehten jedes Brett noch einmal um und überlegten, wie es am besten zu verwerben wäre. Möglich hob Pavel den Kopf und hörte. Das Geräusch eines schweren Wagens, der die Höhe heraufrollte, ließ sich vernahmen.

Fortsetzung folgt.

Ob. Regen Scherenschwindels wurde ein Landwirtschaftlicher Gehilfe aus Gr.-Schwaab festgenommen. Er hatte sich von einem Landwirt in Sulum ein Pferd gekauft und suchte dieses hier zu verkaufen. Dem Hufener Verkäufer hatte er einen auf eine hiesige Bank gegangenen Scheck über 10 000 Mark ausgehändigt. Beim Einlösen zeigte sich, daß für den Scheck keinerlei Deckung vorhanden war.

### Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Im Marionetten-Theater deutscher Bühnenkünstler im Marmoraal finden am Mittwoch und Donnerstag nachmittags 4 Uhr Wiederholungen der Märchenstücke statt. Eine Besuch ist für die kleine Welt schon eine rechte Weihnachtsfreude.

Stadt-Theater. Am Mittwoch-Abendmontag auf vielfachen Wunsch „Brand“. Am Freitag findet die Uraufführung des Weihnachtsmärchens „Die schöne Prinzessin“ von Georg Deede statt.

Das 10. vollständige Konzert im Gewerkschaftshaus findet am Mittwoch, dem 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr statt. Auch dieses Konzert weicht nicht von den hervorragenden Kompositionen auf und verspricht unter der Leitung des Kapellmeisters Millies jedem Besucher einen genutzreichen Abend.

## Angrenzende Gebiete.

Wandbeker. Großfeuer im Reichardtwerk. Wiedermum ist der größte Wandbeker Betrieb, die Reichardt'sche Kalkfabrik, von einem Großfeuer betroffen worden. Am Sonntag morgen gegen 8 Uhr sah man plötzlich im dritten Stock des vorderen Fabrikgebäudes Rauch und Flammen aufsteigen. Die Fabrikmeister sowie auch die Wandbeker Feuerwehr traten sofort in Tätigkeit. Auch die Hamburger Feuerwehr rückte mit zwei Rügen heran. Den gemeinsamen Anstrengungen gelang es, den Brand in kurzer Zeit zu löschen. Der Schaden ist bei diesem zweiten Feuer innerhalb eines Jahres nicht so erheblich wie bei dem ersten Brande, doch hat das Feuer immerhin in den Lagerräumen, in denen die ölhaltigen Kalkschalen in Säcken lagerten, reichliche Nahrung gefunden. Zur Klärung der Entstehungsursache des Brandes ist eine Belohnung von 50 000 Mk. ausgesetzt worden. Der Betrieb ist nicht gestört.

Schleswig. Der Aufstieg der Partei. Unsere Genossen in Schleswig hielten kürzlich ihren diesjährigen Bezirksparteitag ab. Wie aus dem Bericht zu ersehen war, kann der Bezirk mit der Entwicklung im letzten Jahr durchaus zufrieden sein. Die Mitgliederzahl ist von 82 064 auf 86 287 gestiegen. Die Ortsvereine haben sich von 282 auf 304 vermehrt. 7 Ortsvereine wurden außerdem an die dänische Bruderpartei abgetreten. Sehr bemerkenswert ist es, daß gerade in den Landbezirken die Stimmenschaft erheblich gewachsen ist, so daß das Land heute die Hauptstütze der Arbeiterbewegung in Schleswig ist. Die Schleswiger Arbeiterjugend vermehrte ihre Mitgliederzahl vor 1900 auf 5105 zu steigern. Mit Genehmigung wurde die Mitteilung des Vorstandes aufgenommen, daß gegen einen zweiten Putz nach dem Münner Koppes alle Abwehrmaßnahmen getroffen sind.

Sämeria. Nationalistische Propaganda in der Schule. Das Mecklenburg-Schweriner Ministerium für Unterricht hat ein Rundschreiben herausgegeben, in dem es heißt: Das Deutsche Reich hat durch Artikel 119 des Versailler Vertrages seine Kolonien vollständig verloren. Dieser Verlust darf kein endgültiger sein, da Deutschland ohne Kolonien nicht leben kann. Das gesamte deutsche Volk muß sich einmütig für die Wiedergewinnung des uns widerrechtlich entzogenen Kolonialbesitzes einengen. In erster Linie hat die Schule dafür zu sorgen, daß eine Generation heranwächst, die mit dem kolonialen Gedanken mehr vertraut ist. In allen Schulen muß die Jugend planmäßig in diese Gedankenführung eingeführt werden, es muß ihr zum Bewußtsein gebracht werden, was für hohe, unerlöschliche Werte unter Volk mit den Kolonien verloren hat, was sie für uns in wirtschaftlicher, politischer und in nationaler Hinsicht bedeuten und wieder bedeuten werden, sobald wir imstande sind, diese Werte wieder anzunehmen. Zur Einführung für Schüler wird die Schrift von Schree: „Brandt Deutschland Kolonien“, die allen Schulen hienieden überhandt wird, empfohlen, und die Direktoren angewiesen, daß in den ihrer Leitung anvertrauten Schulen in dem dargelegten Sinne verfahren wird. — Ein solches Schriftstück wird der demokratischen Oberlehrerschaft in die Hand gegeben, um dem Renegat- und Kriegslügel für antiliche propagandistische Heise in der Schule Tür und Tor zu öffnen. Der Mecklenburgische Landtag wird sich mit dieser „Verfälschung“ beschäftigen.

Gesetzmünde. Fisch-Schieber und Fisch-Wucherer. Trotz des Ausfuhrverbotes wird immer wieder versucht, frische Fische in das Ausland zu verschleusen. In einem Falle ist es gelungen, eine Ladung mit solchen unzulässigen Geschäften besetzende Fischschiffe zu erapnen. Die betreffende Großhandlung hat bei den Gesetzmünder Auktionen durch schrankenlose Gebote die Fischschiffe ins Ausrüstungsgeld in die Höhe getrieben. Es erregte sich nur der Verdacht, daß die Fische ins Ausland geschickt

wurden. Das Hauptamt Gesetzmünde ließ einen von der verdächtigen Firma mit frischen Fischen beladenen Seefischtransportwagen nach seinem Abgang von Gesetzmünde von einem Beamten verfolgen. In Aachen gelang es, festzustellen, daß der Wagen mit neuem Frachttarif unter Beifügung von Ausfuhrpapieren, die schon in Gesetzmünde ausgestellt waren, nach Antwerpen bestimmt wurde. Der Wagen wurde von dem Zollbeamten mit Beschlagnahme belegt und dem Reiche für verfallen erklärt. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

## Aus aller Welt.

Das Ende des Breslauer Stadttheaters? Wegen der städtischen Finanznot wurde allen Mitgliedern des Breslauer Stadttheaters gekündigt.

Die Toten von Saarwellingen. Wie die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet, beträgt die Zahl der Toten bei dem Explosionsunglück in Saarwellingen 13, die der Schwerverletzten 8 und der Leichtverletzten ungefähr 40.

Ueberfall auf einen Geldtransport. In Döhlen bei Dresden hat sich wiederum ein Ueberfall auf einen Geldtransport ereignet. Zwei Beamte der Glasfabrik Siemens in Döhlen hatten von der dortigen Filiale der Deutschen Bank Lohngehälter in Höhe von 250 000 Mark zu holen. Auf dem Wege nach der Fabrik wurden sie von sechs Raubfahrern angehalten, die ihnen Messer in die Augen steckten und mit der gesamten Besatzung die Flucht ergriffen. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Das 1000jährige Goslar. Im Jahre 1922 beachtete die Stadt Goslar am 1. März das Fest ihres tausendjährigen Bestehens. Als Festtag hat die Stadt den 2. Juni in Aussicht genommen. Anlässlich der Festtage soll von allen lauten Festlichkeiten Abstand genommen werden.

## Theater und Musik.

### Stadttheater.

„Moloch“, eine musikalische Tragödie in drei Aufzügen von Max von Schillings. Als letzte Vorstellung im Faustzyklus für 1920/21 gelangte Sonnabend der „Moloch“ von Schillings zur ersten Aufführung hierorts. Ein einführender Vortrag Karl Mannstaedts suchte Dichtung und Musik einem verehrlichen Publikum näher zu bringen. Der ebenso liebenswürdigen, wie glänzenden Beredsamkeit Mannstaedts, die auf gründlichem philosophischen Wissen fußt, fehlte es nicht an einem sichtbaren Erfolg. Trotzdem bleibt bestehen, daß der Dichtmaler Maurersohn Hebbel, auf den die Dichtung des „Moloch“ zurückzuführen ist, und Max Schillings mit seiner Tonsprache sich nur dem ganz zu eigen geben, der ihnen nicht nur Auge und Ohr öffnet, sondern sich in ihre ganze Gefühlswelt zu verlegen vermag. Das ist aber nur bei verhältnismäßig Wenigen der Fall.

Wie Hebbel selbst sagt, wollte er im „Moloch“ den „Entstehungsprozess der bis auf unsere Tage fortbauenden, wenn auch durch die Jahrhunderte beträchtlich modifizierten (geänderten), religiösen und politischen Verhältnisse veranschaulichen“. Er wollte es. Seine Dichtung ist Torlo, Fragment geblieben. Er ist nicht dazu gekommen, dieses Werk mit seinen Hochgedanken zu vollenden. Man wird es unendlich bedauern müssen, daß der Dichtmaler, der mit seiner Tragödie unmittelbar an die Gottheit anknüpft und es wie selten einer verstand, den höchsten Fragen der Menschheit nachzuspüren, in den Anfängen stecken geblieben ist. Man wird es Emil Gerhäuser, der vor etwa 30 Jahren keinen Aufstieg als Heldentenor an unserer Bühne begann, danken müssen, daß er das wenig bekannte Hebbel'sche „Moloch-Fragment“ in freier Nachdichtung für eine Tragödie gerettet und dadurch Schillings die Möglichkeit verschafft hat, in der Tonsprache alles das zum Ausdruck zu bringen, was Hebbel vor sichwebte. Bereits in seinem drittem Gemälde aus der Wikingzeit „Ingweld“, in seiner heiteren Oper „Der Pfeiffertag“ und in seiner „Mena Lisa“ hat sich Schillings trotz aller geistigen Abhängigkeit von Richard Wagner als ein Komponist von durchaus selbständigem Gepräge erwiesen, der nicht nur eigene Gedanken und Erfindungsgabe genug besitzt, um die tiefsten Gedanken musikalisch auszudrücken, sondern der auch jenseitig ein klarer Former ist, ohne allerdings die grenzenlose Leidenschaftlichkeit eines Beethoven erreichen zu können.

Ein kurzes Wort über den Inhalt der Hebbel'schen Dichtung, der sicherlich manchem Besucher unverständlich geblieben ist, weil die Aussprache der Dichtstelle vielfach nicht deutlich genug war: Die Römer haben Karthago zerstört und dem Erdboden gleich gemacht. Der karthagische Priester Hiram ist mit einem Götzenbilde des Moloch nach Norden, dem jagenhaften Inselände Thule, geflüchtet. Sein Ziel ist es weniger, die Inselbewohner für den Molochdienst zu gewinnen, als vielmehr durch die rauhen Nordlandstämme Karthago an Rom zu rächen. Der Götze Moloch ist Hiram nur Mittel zum Zweck, die Bewohner von Thule als Räuber heranzuziehen. Sein Befehlsversuch gelingt Teut, der noch junge Sohn des Königs, ist der erste, den Hiram für den Molochdienst gewinnt. Sein Fanatismus ist sogar so groß,

daß er ihm nicht nur die Liebe zu Theodora, der geliebten Jungendgefährtin opfert und auf die warnende Stimme der Mutter nicht hört, sondern auch im Aufruhr gegen seinen Vater, den König, aufbegehrt. Schon sieht Hiram seine Saat reifen. Durch die neue Kultur, die er neben der neuen Religion dem Volke von Thule gebracht, herrscht sein Wille. Zu seinen Füßen liegt die Welt von Thule. Aber er soll seines Sieges nicht froh werden. Es kommt schnell der Tag, wo Teut erkennt, daß Hiram ein freventliches Spiel mit ihm getrieben hat. Von wilden Neugeborenen erfaßt, fordert er von Hiram Rechenschaft. Noch fühlt dieser sich als Herr und glaubt, mit Teuts Blut Molochs Herrschaft fest besiegeln zu können. Aber das ist ein Irrtum. Teut wehrt sich und treibt Hiram ins Meer, wo er schließlich ertrinkt. Heimat, Heimat, du bist frei! jubelt Teut. Sein Verrat an seiner Heimat und seinem Volke wird dadurch natürlich nicht geringer. Wollt, des Königs Waffenfreund, ersticht den Verführer. Der alte König wird wieder in sein Amt eingesetzt und auf dessen Anordnung Moloch gestürzt.

Bei der Aufführung hatte man die erste Szene des zweiten Aktes gestrichen. Ich kann diesen Strich nicht billigen. Sie ist insofern von Bedeutung für die ganze Handlung, als ihr Wollt als der Zeuge angeklagt wird, der Teuts Verrat rächen wird.

Eine Aufführung dieser musikalischen Tragödie ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Man mußte es, daß viel Fleiß darauf verwandt worden war. Die technisch-dekorative Einrichtung, für welche wiederum A. Ludwig verantwortlich zeichnete, ließ kaum etwas zu wünschen übrig. Fürchterlich dräute der Moloch. Besonders gelungen erschienen mir die Szenen im dritten Aufzuge. Teut war Kurt Heimberg. Wegen starker Ermüdung ließ er um Nachsicht bitten. Das war nicht nötig; es war blutwenig davon zu merken. Sein Tenor klang mächtig und wuchtig, kaum daß sich ein leichter Schleier darüber legte. Die Darstellung war leidenschaftlich bewegt und fesselte ganz vortrefflich abgibt. Den Hiram gab Joseph Liszewski in seiner ungemein wirkungsvollen und freimüthigen Art. In ihm fand der Molochpriester einen Darsteller, wie er besser nicht zu wünschen ist. Die Linien waren kräftig und stark, so daß der Charakter Hiram klar und deutlich hervortrat. Auch gelunglich war alles zum besten bei ihm bestellt. Alice Bruhn, die bereits als Elis in Schrekers „Schakalabäher“ im Vorjahre gezeitigt hatte, daß sie sich in ganz neuen Aufgaben sehr gut hineinfindet, besetzte als Theodora vor neuem diesen Auf. Ihr anmutiges, von echter Leidenschaft durchglühendes Spiel schuf aus der Theodora eine Gestalt, die stärkstes Interesse heanpruchte. Auch gelunglich sprach sie gut an. Dem alten Könige verlieh Joseph Mmenborf Leben und Farbe. Man durfte sich seiner ganzen Art freuen. Gertrude Rehrbach ging als Königin Belleda zwar etwas zu zaghaft und zurückhaltend vor, fand sich aber schließlich mit ihrer Aufgabe noch verhältnismäßig ab. Als Wollt wußte sich Hans Schuberz durchzusetzen. Die szenische Leitung hatte Paul v. Bongardt selbst inne; in die Massenszenen wird er noch mehr Leben bringen müssen. Im Rufe stand der treffliche Karl Mannstaedt und löste die Siegel von der Partitur Schillings. Mit der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit hatte er sich in die Musik eingeföhrt und suchte Schillings den Zuhörern nahe zu bringen: ein Versuch, der auf das Beste gelang, zumal die Musiker ihrem Führer willig Gefolgschaft leisteten. Da es nicht gerade leicht ist, Schillings, der ohne leidenschaftlichen Schmuha ist, auf seinem Wege zu folgen, mußte Mannstaedt mit heikler Lieb um die Gunst des Publikums werben. Erfolgreichem hieß ihm der Erfolg nicht verfaßt. Freundlicher Beifall lohnte die Hauptdarsteller; einen nicht unerheblichen Teil davon durfte Karl Mannstaedt auf sein Konto buchen.

## Sport.

### Norddeutsche Spielvereinigung. Gruppe Lübeck.

Resultate v. Sonntag d. 11. 12. 1921.

Vorwärts I — Hanfa (Hbg.) 4:0. Schwartau I — Marl 2 5:0 und angert. A. T. B. II — Rüdign 1 2:0. Vorwärts II — Moisling I 2:4. Marl 4 — Marl 5 5:1. Marl I (Jgb.) — Rüdign I (Jgb.) 2:1.

### Gesellschaftsspiele:

Marl 1 — Victoria 1 2:0. Marl 3 — Victoria 2 2:0. A. T. B. (Jgb. I) — A. T. B. 6:0. H. W.

**Das Zahnpulver** „Nr. 23“ reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen ders. bedeutend verbessert wird. In den Apotheken und Drogerien.

Völlig frei von Blüten war mein Gesicht in 10411) durch **KOMBELLA** was mich Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Hochachtungsvoll R. W. KOMBELLA, die nichtlethende Hautcreme ist überall erhältlich.

## Gustave Flaubert.

1821 — 12. Dezember — 1921.

Von Hermann Wendel.

Zu Beginn des Jahres 1857 hatte sich ein bis dahin unbekannter Schriftsteller vor der Pariser Strafkammer zu verantworten; zu den Personalien gab er an, Gustave Flaubert zu heißen, geboren in Rouen, 35 Jahre alt, aus guter Bürgerfamilie stammend, bisher unbestraft; auch hatte er noch keine Verdächtigungen der Öffentlichkeit gebracht außer der einen, die zur Anklage fand. Das war, im Laufe des vorhergehenden Jahres in Fortsetzungen in der „Revue de Paris“ erschienen, der Roman „Madame Bovary“. Der Staatsanwalt des zweiten Kaiserreiches, das Karl Marx mit Recht eine „Strafpläne aller Fäulnis“ genannt hat, erklärte dieses Werk — o ewiger Brunnen — für eine unzüchtige Schrift und dommerete gegen den Realismus, der das Leben ohne Hülle und Scheiter, in ganzer Realität und Kraftheit male. Auch die Richter drehten den alten Leierläuten des ewig Wahren, Guten und Schönen. Trotzdem kamen sie zu einem Urteil.

Aber ob Freispruch, ob Verurteilung, dieser Prozeß an sich bedeutete den Sieg des literarischen Realismus; die einfache Geschichte von der Schwärze, dem Fall und dem selbstgewählten Tod der Frau des ländlichen Rindbärters Bovary war keine Geburtsurkunde und blieb zugleich kein wichtiges Dokument. Freilich wollte Flaubert nichts davon wissen, Gränder einer neuen Richtung zu sein. Er war kein Programm-Macher. Er freute sich ein Künstler im jenseitigen Sinne des Wortes zu sein, der sich wie in eine Klosterzelle von Welt und Leben absonderte, um sich ganz in seinem literarischen Schöpfen auszugeben. Literatur hieß ihm nicht Handwerk, sondern Heiligtum. Niemand hat ihn und noch ihm war so verfallen darauf, die Sprache zu hüten und zu pressen, bis endlich ein Satz keine letzte zureichende Form gefunden hatte; zwölf Stunden täglich lag er am Schreibtisch und arbeitete an einer einzigen Seite oft tags, ja wochenlang! Diese freiwillige Abpernung aber machte ihn menschlich zum Sonderling. In seinem Glauben an die ewige Dauerheit der Werke, in seinem Widerwillen gegen die Demokratie spiegelte sich gewiß eine Zeit, da das Volk sich immer wieder, 1830, 1848, 1851, immer wieder fragte, die Demokratie ein Zerkhild ihrer selbst war und der dritte Napoleon mit dem allgemainen Stimmrecht keine Lebensbedingung machen konnte, aber es lebte darin auch

die völlige Verständnislosigkeit eines Einnehlers, der die Welt zwar kennt, doch aus dem Provinzwinkel der Normandie betrachtet.

Doch der am liebsten jede Spur seiner Privatexistenz ausgeilgt hätte, hat ein Recht, nur nach seinem Werk beurteilt zu werden. Schon daß mit diesem Werk der Realismus auf den Thron kam, hoberte ihm keine revolutionäre Bedeutung. Die bis dahin herrschende romantische Literaturgattung hatte ungewöhnliche Menschen in den Mittelpunkt ungewöhnlicher Schicksale gestellt, einen Knoten kunstvoll geknüpft und nachher ebenso kunstvoll gelöst und vermochte ohne geheimnisvolle Willets, Hintertreppen und Falltüren kaum zu arbeiten. Der Realismus aber gab das Alltagsleben von Alltagsmenschen ohne Schminke und Schönheitspflasterchen getreulich wieder und wirkte, indem er Kleinbürger, Bauern, Arbeiter und Dienstboten, indem er Drogenmenschen mit Durchschnittsempfindungen und urchweissen liebenswürdiger Schilderung für wert erachtete und so die „Gleichheit vor der Kunst“ verkündete, als literarische Ausdrucksform der demokratischen Strömung. Realismus war angewandte Demokratie. Aber in einer Gesellschaft, die so sehr die Lüge in all ihren Abwandlungen zur Grundlage hatte wie das zweite Kaiserreich, war Realismus auch revolutionäres Bekenntnis; die Wahrheit, wenn auch nur in der Kunst, aufs Fahrentuch schreiben, hieß einen Schlag gegen die idernen Füße des napoleonischen Caesarismus führen.

Seinen ganzen Haß schüttete der Dichter über den Bürger aus, nicht im Sinne einer sozialen Kategorie, die dem Bourgeois der Proletarier gegenüberstellte, sondern aus dem Trieb des bekämpften Künstlers heraus, der in der kompakten Majorität platt, selbstgefälliger, „fortschrittlicher“ Kleinbürger das Heimmis jeder Entwidlung erkennt. Die Galle über die Erdentragheit dieser Zielvielen trat ihm nicht nur ins Blut, sondern auch in die Literatur. Wenn ein im alten Karthago spielender Roman wie „Salambo“ über die grandiose Prüfung und Verwerfung aller Götter und Glaubensbekenntnisse in der Verfassung des heiligen Antonius“ eine Frucht Flauberts aus der ellen Gegenwart darstellte, so schwang er in den Wädhern, in denen er Rhythmus und Rezen dieser Gegenwart einfiel, die Peitsche über keine Zeitgenossen. Wahrheitlich wollte er mit der „Madame Bovary“ und der „Sentimentalen Erziehung“ nur Wandern des Stills schaffen, war, wie später die Zola'sche Formel lautet, „ein Stück Natur, gehen durch ein Tempora nent“, geben, aber da sein Temperament von solcher Reizung war, wurd eine gellenbittere soziale Satire daraus. In einer Zeit,

da von je 100 sich verheiratenden Französinen 45 des Schreibens unfähig waren, hob er seine Madame Bovary durch höhere Bildung, tiefere Gefühle und stärkere Triebe unter ihresgleichen nur hervor, um sie, den einzigen Menschen in dem Buche, der einen Flug über den Alltag hinaus nimmt, dem Stumpfsinn und der Niedrigkeit ihrer Umgebung erliegen zu lassen. In dieser Umgebung macht sich als schwachhafter Bildungsphilister der Apotheker Hemais wichtig, ein Generalbevollmächtigter jeder Platttheit und Beschränktheit, aber von der Regierung ausgezeichnet. Ihn als Muster einer in Millionen vorhandenen Gattung erkennen, heißt die Grundpfeiler erschaffen auf denen das Bürgerkönigtum Ludwig Philipps ruhte, heißt das Geheimnis des Staatsreiches vom 2. Dezember und die 18 Jahre Kaiserreich durchschauen.

Bis zum Staatsstreich führte die „Sentimentale Erziehung“, neben Strichzeichnungen aus dem Provinzleben gab sie Auschnitte aus dem Paris der vierziger und fünfziger Jahre; noch mehr als die „Madame Bovary“ war es ein Roman ohne Feld und Handlung, denn der schwächliche, von seinen Empfindungen hin- und hergerissene junge Mann Frederic war alles andere als ein Held, die Geschichte seiner Enttäuschungen, in denen Flaubert die große Enttäuschung, den bitteren Ekel einer ganzen Generation zusammenfaßte, alles andere als eine Handlung im landläufigen Sinne. Aber wech eine Fülle von Gestalten um ihn herum, wirkliche Menschen, wie wir sie jeden Tag auf der Straße treffen, lauter Durchschnittsbürger. Zola hat dieses Werk den einzigen historischen Roman genannt, den er kenne. Die Februarrevolution errichtet darin ihre Barrikaden, das Volk stürmt die Tuilerien, der Monarch ist bei Nacht und Nebel davon, ungebändigte Begeisterung rauscht herein und dann treten alle auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Alle versichern, daß sie „im Grunde“ immer Republikaner gewesen seien, Kapitalisten rufen gerührt aus: „Wir alle sind Arbeiter!“, aber das Eigentum, da es bedroht scheint, wird zu einer Religion. Aber man verachtet die Republik wegen ihrer Schwäche und bereitet die Reaktion frühzeitig vor — wir reihen uns die Augen: steht das in Flaubert zu sehen oder in der deutschen Wirklichkeit von 1918, von 1921?

Gustave Flaubert, 1880 gestorben, war mehr als ein großer Künstler. Völl Verachtung für die Dummheit der Menschen, die Hohlheit ihrer Ziele und die Barbarei ihrer Einrichtungen hatte er den Mut, einer Zeit und Gesellschaft, die der Bürger überall mit Blumengewinden kränzte, mit seinem ganzen Werk ein hartes Nein! ins Gesicht zu schenken.